

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Einzelheft 4.50 Mk. monatlich 1.50 Mk.  
 frei ins Haus, hockauswärts einzelne  
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich  
 1.50 Mk. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 3.— Mk. für das übrige Ausland  
 4.50 Mk. monatlich. Versand ins Netz  
 bei breiter Beilegung monatlich 1.50 Mk.  
 Postbestellungen nehmen an Dänemark,  
 Holland, Luxemburg, Schweden  
 und die Schweiz. Eingetragen in die  
 Post-Versand-Preisliste.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 beträgt für die siebenzehnjährige Kolonialzeit  
 40 Pf. „Kleine Anzeigen“  
 des letztgedruckten Wortes 30 Pf. (un-  
 abhängig 2 letztgedruckte Worte), jedes  
 weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen  
 und Stellenanzeigen das erste  
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.  
 Worte über 15 Buchstaben zählen für  
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 30%.  
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,  
 politische u. gewerkschaftliche Verord-  
 nungen 40 Pf. die Seite. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft  
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3 ab-  
 gegeben werden. Beendet von 3 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. **Donnerstag, den 6. Dezember 1917.** Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

# Der Wahlrechtsdebatte erster Tag.

So interessant und spannend auch der Verlauf des ersten Tages der Wahlrechtsdebatte war und so hoch auch die politische Bedeutung ist, Klarheit hat er nur über den einen Punkt gebracht, daß die Regierung alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden will, um ihre Vorlage durchzusetzen und daß für ein Pluralwahlrecht ebenso unannehmbar ist wie ein Wahlrecht auf berufständischer Grundlage. Mit Herzlichkeit hat die Öffentlichkeit gab der Minister des Innern Dr. Drews den Wahlrechtsfeinden zu verstehen, daß sie fest entschlossen ist, das feierliche Versprechen des Königs einzuhalten, daß sie das gleiche Wahlrecht einführen will, nicht, weil es ihr, wie die Konservativen so gern behaupten, gewissermaßen abgezwungen ist, sondern weil die Staatsnotwendigkeiten es gebieten. Man merkte es Herrn Drews an, daß er den Geist der neuen Zeit, von dem die Konservativen auch nicht einen Hauch verspürt haben, erfaßt hat, daß er ein Ende machen will mit der bisher in Preußen beliebten Praxis der Bevorzugung der herrschenden Klassen und daß er dem Volke den ihm zukommenden Anteil an der Gesetzgebung einräumen will.

Durch die Rede des Ministers Drews hat sich die Regierung noch mehr gebunden als durch die vorausgegangene kurze Ausführungsrede des Ministerpräsidenten Graf Hertling, in der er sich gleichfalls unumwunden auf den Boden der königlichen Erlasse gestellt hatte. Die Ausführungen der beiden Regierungsvorsetzenden bezeugen denn auch auf der einen Seite lebhaftesten Beifall, während die Rechte bis weit hinein in die Reihen der Nationalliberalen offenbar auf vorherige Verabredung durch eisiges Stillschweigen demonstrierte.

Um so brausender war der Beifall, mit dem die Konservativen fast jeden Satz der Rede ihres Führers v. Heydebrand begleiteten. Der ganze Unmut über die innere Politik, die nicht mehr ihren Wünschen entspricht, die ohnmächtige Wut gegen die Regierung, die sich nicht mehr als Dienerin konserverblicher Interessen betrachtet, die Ahnung, daß es nach Annahme der Wahlrechtsreform mit ihrer Herrschaft zu Ende ist, kam in Heydebrands Worten zum Ausdruck. Der Thron des ungekrönten Königs von Preußen ist ins Wanken geraten, und alle Versuche, ihn mit Hilfe der Regierung wieder aufzurichten, sind vergeblich. Der Friede, den ihm der Minister des Innern versetzt hat, hat ihn mitten ins Herz getroffen, und als dann gar noch Graf Hertling mit zwei Sätzen die völlig unwahren Behauptungen Heydebrands über die Vorgänge bei der Ernennung des Reichsanwalters richtigstellte, da mochte sich wohl auch mancher von seinen Freunden abwenden von diesem Führer, der so gar keine Führereigenschaften besitzt.

Aus dem Hause kamen nur noch zwei Redner zu Worte, Abg. P a c h n i c e (Fortf. Volksp.), der die Vorlage verteidigte, aber im Interesse einer baldigen Verabschiedung davor warnte, sie mit weitergehenden Forderungen, z. B. der des Frauenstimmrechts, zu bepacken, und Abg. Dr. B o r s c h (Zentrum), der erklärte, daß ein Teil seiner Freunde für das gleiche Wahlrecht sei, während ein anderer Teil die Zustimmung von den Kommissionsbeschlüssen abhängig mache.

## Die Sitzung.

Am Mittwoch: Ministerpräsident Graf v. Hertling, Dr. Drews, Dr. Friedberg, Dr. Spahn, v. Ehrenhardt-Ruthe, Schmidt, v. Breitenbach, Endow, v. Walbow, Schiffer.

Die Tribünen sind überfüllt. Auch viele Reichstagsabgeordnete und Mitglieder des Herrenhauses haben auf ihnen Platz genommen.

Präsident Graf Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

## Die Wahlrechtsvorlagen.

Auf der Tagesordnung stehen die drei Gesetzentwürfe, betr. a) die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, b) die Neugestaltung des Herrenhauses und c) die Abänderung des Budgetgesetzes.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Beratung der drei Vorlagen verbunden.

## Präsident Graf Schwerin-Löwig:

Bevor wir in die — vielleicht längere Zeit in Anspruch nehmende — Beratung dieser bedeutungsvollen Vorlagen eintreten, wollen Sie mit noch einem kurzen allgemeinen Hinweis versehen. Ich gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß Sie alle ohne Ausnahme nur das eine Ziel im Auge haben werden, nach bestem Wissen dem Wohle des Vaterlandes zu dienen. Und deshalb, weil ich dies voraussetze, möchte ich Sie bitten, bei der Verhandlung dieser Vorlage — bei dem Austrag ihrer vielleicht weit auseinandergehenden Meinungen über diese — doch keinen Augenblick unsere politische Gesamtlage zu vergessen, niemals zu vergessen, daß zugleich auch heute noch eine ganze Welt von Feinden mit grollender Begier nur darauf wartet, deutsche Kraft durch deutschen inneren Hader geschwächt, die eigene sinkende Siegeshoffnung aber durch unseren inneren Zwist neu belebt zu sehen. Das Bild unserer Verhandlungen über die Wahlrechtsvo-

lage, wie es sich in den nächsten Monaten dem Auslande darstellen wird, kann also nicht ohne den weitgehendsten Einfluß auf die Friedensbereitschaft unserer Feinde sein. Das, meine Herren, möchte ich Sie bitten, in unseren kommenden Verhandlungen bei dem Ton und bei den Formen nicht zu vergessen, in denen Sie Ihre Meinungsverschiedenheiten über diese Vorlage — im übrigen natürlich durchaus unbeschränkt — austragen mögen. (Beifall.)

## Ministerpräsident Graf Hertling:

Am 1. November dieses Jahres hat Seine Majestät der deutsche Kaiser und König von Preußen mich zum deutschen Reichsanwalt berufen. Als sich herausstellte, daß die anfangs beabsichtigte Trennung der beiden Ämter nicht angängig sei, hat Seine Majestät im Anschluß an die erste Ernennung mich auch zum preussischen Ministerpräsidenten berufen.

Die Schwierigkeiten, die sich für mich daraus vom ersten Tage ergeben haben, sind sehr hoch eingeschlagen. Im Reichstage, wo ich mich vor einigen Tagen vorgestellt habe, konnte ich als eine dort bekannte Persönlichkeit auftreten, da ich viele Jahre dem Reichstage als Mitglied angehört habe. Vor Sie, meine Herren, trete ich als ein völlig Unbekannter; nicht als ob ich, in Preußen geboren, mit preussischen Verhältnissen nicht auch einigermaßen vertraut wäre. Ich habe 15 Jahre in Bonn am Rhein gelebt und habe 1880 den preussischen Staatsbeamteneid geleistet. Nachher aber bin ich nach Bayern übergesiedelt, habe dort 30 Jahre lang als Professor an der Universität gewirkt und seit 1912 an der Spitze des bayerischen Ministeriums gestanden. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, habe ich vom ersten Tage an voll eingeschätzt. Ich habe sofort an Seine Majestät den König die Bitte gerichtet, nachdem bereits der hochverehrte bisherige Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, der Minister der öffentlichen Arbeiten Herr v. Freydenbach getreten ist, ihn von seiner Stellung als Vizepräsident des Staatsministeriums zu erheben, einen neuen Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums zu ernennen, der mehr, als es bisher der Fall war, den Ministerpräsidenten zu vertreten haben würde. Die bekannt, hat Seine Majestät dieser Bitte entsprochen durch die Ernennung des Geheimrats Dr. Friedberg zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums. Ich kann nur noch hinzufügen, daß ich die feste Absicht habe, mit allen meinen Kräften dahin beizutragen, mit dem Vertrauen zu verdienen, auf das ich bisher einen Anspruch bei Ihnen nicht habe. (Beifall.)

Die Sie wissen, bin ich vom ersten Tage meiner Berufung an vor eine der schwierigsten Aufgaben gestellt worden. Ich sah mich vor die Verpflichtung gestellt, ein

wiederholt und feierlich gegebenes Königswort

einzuhalten. Ich werde dieses Wort, soweit es in meinen Kräften liegt, eingehalten bemüht sein. (Lebhafte Beifall.) Ich treue das aus voller Überzeugung. (Stürmischer Beifall.) Wie ich vor einigen Tagen an anderer Stelle andeutete, pflegt der Krieg nicht nur im Volkleben tiefe Spuren zu hinterlassen, sondern pflegt auch zu neuen Aufgaben hinzuführen und zu neuen Gestaltungen zu drängen. Als ich dieses Wort ausbrach, befand ich mich, ohne es damals zu wissen, in voller Übereinstimmung mit der Thronrede, durch welche am 13. Januar 1918 der Landtag der Monarchie eröffnet worden ist: „Der Geist gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens — heißt es da — wird auch im Frieden fortwirken in gemeinsamer Arbeit des ganzen Volkes am Staate, er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und seinen Ausdruck finden in unserer Verwaltung und Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften.“

Die Vorlage, die heute Ihrer Beschlußfassung unterbreitet ist, bezeichnet den Weg, daß damit in der inneren Entwicklung Preußens

ein entscheidender Wendepunkt

gezeichnet wird, ist mir vollkommen klar. Ich bin mir auch vollkommen klar, daß dieser bevorstehende Wendepunkt in vielen Kreisen schwerfällige Gefühle und schwere Bedenken empfinden wird. Jede einer wahrhaft staatsberaubenden Politik, zu der ich mich durchaus bekennen will, es sich nicht auf die Erhaltung des Bestehenden zu beschränken, sondern auch in gegebenen Fälle mutig und entschlossen die Hand an Neuerungen zu legen, wenn das Bedürfnis des Volkes, wenn die Entwicklung und die politische Lage es fordert. Wie gesagt, ich begreife die schwerfälligen Empfindungen, die bei den Anhängern des Bestehenden dadurch ausgelöst werden. Ja, noch mehr, ich würde es vollkommen, wenn es sich für diese Kreise nicht bloß um Gefühlsmomente handelte, sondern es sich für sie sogar als Gewissensfrage darstellte. Dieser Gewissensstempel muß ehrlich durchgestempelt werden. Ein Wahlgesetz läßt sich nicht mehr halten, für welches kein Geringerer als Fürst Bismarck schon vor fünfzig Jahren sein bekanntes Verdict ausgesprochen hat. (Lebhafte Zustimmung links), angesichts der durchgreifenden Veränderungen, welche in der Zusammenfassung im Volkskörper eingetreten sind. Wie gesagt, ich achte die Bedenken, ich achte die Gefühle, trotzdem halte ich dafür, daß Sie dem Vaterlande den größten Dienst leisten, wenn Sie, selbstverständlich nach eingehender Prüfung, der Vorlage Ihre verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. (Beifall.) Sodann muß ich noch die Veränderung in der

Zusammensetzung des Herrenhauses

begründen. Diese zielt nicht dahin, die Stellung, die das Herrenhaus in Preußen bisher eingenommen hat, zu verringern, sondern will vielmehr die Stellung im Volk fest verankern. Preußen ist nicht mehr der Agrarstaat aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts, neben dem Grundbesitz sind in steigendem Maße Industrie und Handel als bestimmende Faktoren hinzutreten. Es erscheint notwendig, in dieser Zusammensetzung des Herrenhauses den berufständischen Gedanken zur Geltung zu bringen, gleichgültig empfiehlt sich eine Heranziehung der Selbstverwaltung unter

Erhaltung des Bestehenden. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Ich möchte auch die weitere Begründung der Vorlage meinem verehrten Kollegen im preussischen Staatsministerium überlassen. Ich schließe mit den Worten: Bringen Sie dem Vaterlande dieses Opfer, wenn es ein Opfer ist, stimmen Sie der Vorlage im Interesse der gedeihlichen, friedlichen Entwicklung des Staates zu, möglicherweise sogar zur Verhütung schwerer Erschütterungen. (Lebhafte Beifall.)

## Minister des Innern Dr. Drews:

Die Abänderungsbedürftigkeit des Wahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus ist von der überwiegenden Mehrheit der Parteien wie von der Regierung seit langem anerkannt. Was vor bald 70 Jahren ein geeigneter Weg war, eine den Willen des Landes zum Ausdruck bringende Volksvertretung zu schaffen, das ist es heute unter völlig veränderten Verhältnissen nicht mehr. Die gesamte politische, soziale und wirtschaftliche Lage, insbesondere auch unsere Steuerverhältnisse, auf denen das bestehende Wahlrecht aufgebaut ist, haben sich derart verschoben, daß zurzeit ein durch die Emanation des geltenden Wahlrechts nicht gewolltes überhartes und allgemein als ungerecht empfundenes Mehrstimmrecht der beiden ersten Klassen bestehen ist. Der im Jahre 1900 unternommene Versuch einer Veränderung des Wahlrechts ist seinerzeit gescheitert. Ueber die Umstände und Gründe, aus denen dieser Versuch gescheitert ist, will ich hier nicht sprechen. Immerhin ist es bedauerlich, daß damals eine Einigung nicht zustande gekommen ist, denn es würden dann in der Zwischenzeit manche Schärpen und Reibungen vermieden oder wenigstens gemildert worden sein. (Sehr richtig! links.) Aber auch wenn damals eine Einigung zustande gekommen wäre, so würden wir heute doch vor der Notwendigkeit einer weiteren Veränderung unseres Wahlrechts stehen. (Sehr richtig! links.) Wenn die Staatsregierung in den zwischenliegenden Jahren keinen Versuch einer neuen Regelung dieser Materie gemacht hat, so lag das daran, daß bei dem weit auseinandergehenden Meinungen der Parteien keine Aussicht auf ein positives Ergebnis vorhanden war. Die Regierung hat indessen stets betont, daß, sobald der Zeitpunkt für die Durchführung einer Reform des Wahlrechts gekommen sein werde, sie dazu die Initiative ergreifen werde. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr gekommen. Das gemaltete Ereignis, das tiefste Erlebnis, das unserm Volke befallen sein konnte, ist über uns hereingebrochen. Das große blutige Wehklagen, das sein Ende noch nicht gefunden hat, hat unser Volk in allen seinen Schichten, in allen Höfen und Tiefen ergriffen, hat auch die Wahlrechtsfrage wieder in Fluß gebracht und verlangt gebieterisch ihre Lösung. Der Inhalt dieser Lösung ist vorgezeichnet durch die Laitsage,

daß brauchen auf der Wahlstatt alle Männer unseres Volkes im gleichen Kampfe kämpfen (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum), in gleicher Weise ihr Leben in die Schranken schlagen. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Die gleiche Pflichterfüllung aller preussischen Männer ihrem Vaterlande gegenüber in Rufen und Entschlossenheit, in Kampf und Arbeit, in Not und Tod, die sich so herrlich in diesen Tagen bewährt hat, führt dazu, daß die Lösung der Wahlrechtsfrage nun darin gefunden werden kann, daß jedem Preußen bei der ihm eingeräumten Mitwirkung an der Gestaltung der Geschicke des Staates durch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus grundsätzlich auch das gleiche Recht eingeräumt wird. (Lebhafte Zustimmung links.) Diese Forderung ist ja keine logische; rein logisch begründen läßt sich ein Wahlrecht nicht (Lachen und Irrruhe rechts). Das Wahlrecht muß auf Gerechtigkeit bauen und darum wird die letzte und höchste Begründung eines Wahlrechts immer eine ethische sein. Wenn man auch Politik weniger mit dem Herzen als mit dem Kopf machen soll, so muß doch die große und letzte Ziele der inneren Politik, bei denen es sich um das Verhältnis des Staates zu seinen einzelnen Gliedern handelt, auf ethischen Boden turgen. (Sehr wahr! links.) Ein rein logisch aufgebautes Staatsgebäude entbehrt des festesten und notwendigsten Bausteines, der Liebe, der Treue und der Regierbarkeit zum Staat, die in den Herzen der Bevölkerung nur dann erheben und ergötzen kann, wenn in dem Volke die Empfindung herrscht, daß in dem Staate ethische Gedanken verwirklicht sind. (Lebhafte Zustimmung links.) Der ungeheure Verantwortlichkeit jedes einzelnen Preußen für den Staat, daß das gleiche Recht jedes Preußen im Staat entsprochen. Das ist die große ethische Forderung, die aus dem gemalteten Schicksal unseres Vaterlandes heraus geboren ist. Die Erfüllung dieser Forderung unserer Zeit ist durch die königliche Vorlage vom 11. Juli 1917 angeklungen. Sie geht hinaus über die Oberhoheit, die lediglich besagte, daß für ein Klassenwahlrecht kein Platz mehr sei. Damit entfällt für die Regierung die Lösung auf der Grundlage eines Pluralwahlrechts, wie sie früher vielfach erörtert wurde. Kein logisch wäre das Pluralwahlrecht vielmehr das folgerichtigste, wenn es einen untrüglichen Schlüssel gäbe, den Wert und die Bedeutung jedes einzelnen Staatsbürgers für das Staatsganze in einer Anzahl von Stimmen gut treffend zusammenzufassen. Gerade diese Voraussetzung, ein solcher Schlüssel, der auch nur einigermaßen befriedigende Annäherungsmerkmale liefern könnte, fehlt uns. (Zustimmung links.) Wenn man maßvoller bei einem Pluralwahlrecht ein weniger demokratisches Ergebnis als beim gleichen Wahlrecht erzielen will, so muß man sich klar darüber sein, daß ein solches Ergebnis nur erzielt werden kann, wenn man eine große Anzahl offener oder versteckter Mehrstimmen für Einkommen und Beruf gibt. Mehrstimmen für Alter, Familienstand und ähnliche sekundär neutrale Momente haben eine antidemokratische Wirkung nicht. Lediglich die noch perzipiblen Momenten abgestuften Stimmen üben eine solche Wirkung aus. Ein noch perzipibler Gesichtspunkt abgestimmtes Kopf müde oder seinem Wesen nach



wieder ein nach Steuerklassen abgestuftes Wahlrecht darstellen (siehe richtig! links), das gewissermaßen einen vorläufigen Aufbruch unseres bestehenden Dreiklassenwahlrechts

haben würde. (Sehr gut! links.) Ein Pluralwahlrecht ist darum für die Staatsregierung nicht annehmbar. (Beibehalter Beifall.) Insbesondere würde eine offene oder verdeckte Abstufung des Wahlrechts nach politischen Gesichtspunkten unannehmbar sein mit den Anforderungen, die die Verträge an uns stellen. (Sehr richtig! links.) Die Forderung, gleiche Rechte bei gleichen Pflichten, kann nur durch die Einführung des gleichen Wahlrechts verwirklicht werden. (Beifall links und im Zentrum.) Dieses gleiche Wahlrecht kann nach Auffassung der Regierung

nur ein gleiches Wahlrecht im Sinne unseres Reichstagswahlrechts sein, d. h. in dem Sinne, daß in örtlich abgegrenzten Wahlbezirken die Stimme eines jeden Wählers das gleiche Gewicht hat wie die Stimme jedes anderen Wählers. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Ein Versuch, das gleiche Wahlrecht auf andere Grundlagen zu gründen als die des Reichstagswahlrechts, erscheint für die Regierung gleichfalls nicht annehmbar. (Weniger Beifall links und im Zentrum, nur ohne recht.) Es ist in letzter Zeit vielfach der Plan erörtert worden, die Wahlkreise nicht recht örtlich, sondern nach Berufsständen einzuteilen und die Abgeordneten nur innerhalb der einzelnen Berufsstände wählen zu lassen. Abgesehen von der äußerst schwierigen Form einer richtigen Verteilung der Abgeordnetenmandate auf die einzelnen Berufsstände, würde ein so gestaltetes Wahlrecht den wirtschaftlichen Interessengegenständen der einzelnen Berufe, der sich leider in unserem öffentlichen Leben schon jetzt allzu stark geltend macht, in voller Weise zur Grundlage unserer gesamten politischen Lebens machen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Die Abgeordneten müssen

Vertreter des ganzen Volkes, nicht einzelner Berufe sein. Nach dem ganzen Aufbau unseres preussischen Staatslebens ist der einzig richtige Platz für die Vertretung der Berufsstände als solcher nicht das Abgeordnetenhaus, sondern das Herrenhaus. Die Vertretung der Berufsstände im Reichstagswahlrecht ist im Reichstagswahlrecht gemeint und ist in der Verfassung auch so verstanden worden. (Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Wir allein können die Verantwortung der Auffassung entgegengetreten werden, daß es sich bei der Vorlage um eine Verleihung an die breiten Massen des Volkes für während des Krieges geleistete Dienste handelt. Mit der Vertretung und Verwirklichung der Pflicht unseres Volkes in diesem Kriege und mit dem bewährten Vertrauen der Regierung zu einem heldenhaften Volk in dieser schweren Zeit würde der Begriff der Verleihung ebenso im Widerspruch stehen, wie die entsprechende Befähigung aus rein moralischen Antrieben hoch steht über einer Handlung, die in des Volkes Willen nicht beruht. (Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Zurückweisen müssen wir ferner die Annahme, daß wir mit der Vorlage die Verwirklichung, durch eine Demokratisierung unseres Staates im Ausland, insbesondere bei unseren Feinden, aus gegenüber eine günstigere Stimmung hervorzurufen und den Haß und die Feindschaft und gegenüber zu vermindern. Ob wir in Deutschland und Preußen mehr oder weniger demokratisch, konstitutionell oder absolut regiert werden, gibt für die Stellung des Auslandes und gegenüber nicht den Ausschlag. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Frankreich und England sind die begünstigten Verbündeten des absolutistischen Regimes. In ihrer Haltung finden wir den besten Beweis für die Unmöglichkeit einer demokratischen Regime in diesem Staat. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wenn sie heute an Stelle des demokratischen, von inneren Kämpfen gezeichnet, aus schweren Wunden blutenden und ihres Stellenwertes abgewanderten Auslandes wie früher ein absolutistisches, aber kriegerisches Regime, das sich in der Zukunft als ein solches erweisen wird, so ist dies ein solches Ausland ihre begeisterte Freundschaft noch heute in verstärkter Weise zuwenden würden. (Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Die Bedenken, die gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts erhoben werden, geben davon aus, daß eine Radikalisierung des Abgeordnetenhauses für die ruhige Weiterentwicklung unseres Staates zu einer schweren Gefahr werden würde. (Sehr richtig! rechts.) Richtig ist allerdings, daß eine starke Radikalisierung des Abgeordnetenhauses

eintreten wird. Aber abgesehen davon, daß neben dem Abgeordnetenhauses als gleichberechtigter gesetzgebender Faktor auch in Zukunft das Herrenhaus besteht, habe ich vor dieser Radikalisierung keine Furcht. (Lachen rechts.) Ich habe die feste Überzeugung, daß in der neuen Zeit, die nach diesem Weltkrieg für unser Vaterland kommen wird, viele Kräfte unseres Volkes, die in der Zeit vor dem Kriege weitgehende radikale Ideen meist in rein negativer Form betätigt haben, sich bemühen werden, in positiver Mitarbeit am Aufbau des Staates mitzuwirken. (Weniger links, Lachen rechts.) Die wunderbare Erleuchtung dieser großen Zeit, jene unerschöpfliche Begeisterung des Augusttages des Jahres 1914 kann und wird unumgänglich ohne dauernde Folgen für unser Volk bleiben. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Gewiß, die Ansichten darüber, was dem Staate frommt, werden auch in Zukunft auseinanderlagern und miteinander ringen. Aber bleiben kann, bleiben wird und bleiben muß als dauernde Nachwirkung die Überzeugung, daß alle Teile des Volkes berufen sind, mit gleichen Rechten am Bau des eigenen gemeinsamen Vaterlandes mitzuwirken. (Beifall links und im Zentrum.) Keine Partei, die für das Vaterland eingetreten ist, darf in ihrer Meinungsäußerung in der Lust und Freude für die Mitarbeit am Staate geschmäht werden, vielmehr muß diese Freude noch gestärkt werden. (Beifall links und im Zentrum.) Durch die positive Mitarbeit wird auch das Verantwortlichkeitsgefühl gehoben und die politische Arbeit selbst in praktisch brauchbare Lehren geleitet. Sie werden sagen, daß ich ein grenzenloser Optimist bin. (Lachen und Zustimmung rechts, Beifall links.) Ich bin Optimist in dem Sinne, daß ich unüberwindlich an den guten Geist glaube, der im preussischen Volke lebt, und daran, daß dieser gute Geist sich durchsetzen und sich als wirksam erweisen wird. (Beifall links.) Schon oft hat es in der Geschichte des preussischen Staates Augenblicke gegeben, in denen grundlegendes, das innere Wesen unseres Staates umformende Neuerungen ins Leben gerufen wurden. Immer wurde da die Befähigung geäußert, daß damit die

Grundlage des preussischen Staates vernichtet und seine Zukunft zerstört würde. So war es in der großen Zeit vor hundert Jahren, als die Stein- und Hardenbergschen Reformen mit der Verwirklichung und der Aushebung der Grundbesitzverhältnisse der gesamten Grundbesitzer der damaligen Besitz- und Wirtschaftsverhältnisse mit einem Federstrich beseitigten. (Sehr richtig! links.) So war es in der Zeit, als Preußen aufhörte, ein absolutistischer Staat zu sein. (Sehr gut! links und im Zentrum.) und so war es, wenn auch in geringerer Nähe, Anfang der 70er Jahre, als bei der Einführung der Kreisverordnungen die gauländische Volksgewalt aufgehoben wurde. (Sehr gut! links.) Von allen diesen Veränderungen wurden die schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft vorausgesagt und alle haben sich am Ende für den preussischen Staat als sehr reich erwiesen, ja sie sind alle zu wichtigen Faktoren für die weitere gedeihliche Entwicklung unseres Volkswesens geworden. (Sehr richtig! links.) Gerade dadurch und nur dadurch, daß Preußen in entscheidenden Augenblicken diese Neuerungen einführt, die gebietliche Forderungen einer neuen Zeit waren, ist der gewaltige Aufstieg Preußens möglich geworden. (Sehr richtig! links.) Auch jetzt an der Schwelle einer neuen Zeit, die anders und besser werden muß als die Zeit vor dem Kriege war, müssen wir alle Volksteile und alle Parteien zur positiven Mitarbeit und zur Freude am Staate heranziehen. Das

# Waffenstillstand mit rumänischen Truppen.

## Feindliche Vorstöße bei Moenbres gecheitert — Erfolge in Italien.

Kultich. Großes Hauptquartier, 5. Dezember 1917. (W. L. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der flandrischen Front vielfach lebhaftes Artillerie-tätigkeit.

Zwischen Juchy und Bourlon war das Feuer am Nachmittage erheblich gesteigert. Feindliche Vorstöße südlich von Moenbres scheiterten; wir machten einige Gefangene. Eng-lische Grenadiere bei und südlich von Wareing wurden vom Feinde gefoltert.

Südlich von St. Laurent verstärktes Artillerie- und Minen-kampf.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

An zahlreichen Abschnitten führte rego beiderseitige Ge-lundungstätigkeit zu heftigen Kämpfen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Front des Erzherzogs Joseph und der Heeresgruppe Madenus dehnen sich die Waffenstillstands-Verhandlungen auch auf die rumänischen Truppen aus.

### Tragedonische Front.

Stärkere feindliche Abteilungen, die an dem Westufer des Okridajees und nordwestlich vom Dozransee vorstießen, wurden abgewiesen.

ist aber nur möglich, wenn sie in der gesetzgebenden Körperschaft eine Zahl von Abgeordneten haben, die zur Stärke im Lande in einem angemessenen Verhältnis steht, wenn wir ein Wahlrecht schaffen, das allen Staatsbürgern grundsätzlich das gleiche Wahlrecht gibt. (Beifall.) Geschieht das nicht, so wird das alte Wahlrecht, die alte Verteilung, der alte Haß weiter be- stehen bleiben. Deshalb bitte ich Sie, sich entschlossen auf den Boden des gleichen Wahlrechts zu stellen.

Die Regierung muß und wird sich daher auch mit allen ihr ver-fügungsmäßig zu Gebote stehenden Mitteln dafür einsetzen, daß das gleiche Wahlrecht Gesetz wird.

(Stürmischer Beifall links.) Von einer Änderung der Wahl- freieinteilung haben wir abgesehen, weil sich die gegen-wärtigen Wahlkreise im Laufe der Zeit zu festen, in sich geschlossenen Bezirken herausgebildet haben und ihre Verfestigung daher zweckmäßig erscheint. (Widerstand links.)

Nun die Neugekaltung des Herrenhauses. Wir haben diesen Vorschlag gleichzeitig vorgelegt, weil er in der Oberhauskommission angehängt ist und weil aus Abgeordnetenhaus und Herrenhaus in unserem Staatsleben tatsächlich eine gewisse Ein- heit bilden. Die staatsrechtliche Stellung des neuen Hauses würde bei der Neugekaltung des anderen auch in Betracht gezogen. Wie in diesen anderen Ländern, hat auch

das Zweikammersystem sich bei uns bewährt.

Diese zweite Kammer unterzieht die Beschlüsse der Wahlkammer einer nochmaligen Prüfung. Eine solche Nachprüfung gibt die Ge- währ, daß das, was als gemeinsamer Beschluß beider Kammern aus- geht, dem Wohle des Staatsganges im besonderen Maße entspricht. Das ist auch durch das gezielte Zusammenarbeiten der beiden Kammern in Preußen bewiesen worden. Differenzen sind so selten gewesen, daß sie, wie beim Präsidialrat, außerordent- lichen Aussehen erregt haben. Bei der Wahlkammer kommt die Stimmung des Landes rascher und lebhafter zum Ausdruck, während dem Herrenhaus ein etwas zurückhaltender, moderieren- der Charakter innewohnt. Das ist für einen störungsfreien Gang der Staatsregierung im Ganzen außerordentlich nützlich. Not- wendig allerdings ist, daß die Erste Kammer den Bedürfnissen der Zeit auch für die Dauer voll entspricht, da sonst die Gefahr ent- steht, daß ein starker retardierender Faktor sich geltend macht. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß

im Herrenhaus alle Kreise und Tätigkeitsgruppen

ihre Bedeutung für das Ganze entsprechend vertreten sind und zu Worte kommen. Der Minister bespricht dann die Einzelheiten der Herrenhausvorlage und begründet die Notwendigkeit der Ver- tretung der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung, der Ver- tretung der großen Berufsstände. Das sind die Haupt- fraktionspunkte, um welche herum die Neu- bildung des Herrenhauses erfolgt. Die führenden Persö- nlichkeiten unserer großen Berufsstände, diese hervorragenden Determinanten unseres öffentlichen Lebens, ebenso die Vertreter der Hochschulen, der beiden kirchlichen Strömungen, sollen im Herrenhaus vertreten sein. Daneben sollen 150 Persönlichkeiten aus Allerhöchstem Vertrauen ernannt werden, sie sollen eine Lücke ausfüllen. Hier kommen in Betracht u. a. Vertreter der Künstler, Vertreter der Presse, Vertreter der jüdischen Religionsgemeinschaft und Vertreter der Arbeiter- schaft. Die Zahl dieser aus Allerhöchstem Vertrauen Berufenen ist be- schränkt worden, um die selbständige Bedeutung des Herrenhauses als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu stärken, während bisher der sogenannte Pairsschub möglich war. Das wäre aber ein Mißtrauen des Gesetzgebers zu seinem eigenen Wert gewesen, wenn an der unbefristeten Zahl der aus Allerhöchstem Vertrauen Berufenen festgehalten würde. Der Mi- nister weist dann auf die Bedeutung des alten ständischen Grund- besitzes hin, der ein bedeutender Faktor unseres öffentlichen Lebens sei, und dessen besondere Vertretung im Herrenhaus gerech- tfertigt erscheint. Ebenso regt es mit den eingesehnen Ge- schlechtern.

Neben dem auf breiter demokratischer Grundlage aus der ganzen Bevölkerung rekrutierten frei gewählten Abgeordnetenhaus soll also ein im wesentlichen auf berufständischer Grundlage beruhendes Herrenhaus tätig sein. Beide Häuser sollen selbständig an den Entscheidungen mitwirken. Es ist zweifellos, daß Sie diese für Preußen überaus wichtigen und entscheidenden Vorlagen einer starken Prüfung unterziehen werden. Die Regierung ist gern bereit, sich daran zu beteiligen und weiteres Material herbeizuschaffen. Sie erwartet zuversicht- lich, daß eine Einigung über das große Reformwerk sowohl in diesem Hause als im Herrenhaus zustande kommt. Eine solche Einigung kann natürlich auch eine Abänderung in Einzel- heiten der Vorlage zur Folge haben.

Unbedingt festhalten muß und wird aber die Regierung an der Durchführung des Prinzips des gleichen Wahlrechts als solches. Das ist der ausschlaggebende, der Kernpunkt der Vorlage.

(Beibehalter Beifall links und im Zentrum. — Lachen rechts.) Unsere Feinde erhoffen die Niederlage des Vaterlandes nicht mehr von einem Sieg auf dem Schlachtfelde, sondern von einem Zwie- spalt zwischen Krone und Volk. Diese Öffnung wird scheitern an unserem Willen zur Einheit. Wie in der Oberhauskommission die Worte niedergelegt sind, daß Preußens Krone dem preussischen Volke das denkbar höchste Maß von Vertrauen schenkt und daß dann alle Anschläge unserer Feinde scheitern sollen, so liegt es jetzt an Ihnen, das Zeugnis des Vertrauens zu diesem großen Reformwerk auch Ihrerseits zu bekräftigen. (Beibehalter Beifall links und im Zentrum. — Lachen rechts.) (Schluß in der Vorlage.)

### Italienische Front.

Truppen des Feldmarschalls Courat haben in den Sieben Gemeinden des Italiens einige Höhenstellungen entziffen.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

### Abendbericht.

Berlin, 5. Dezember 1917, abends. Kultich. Erfolgreiche örtliche Kämpfe zwischen Juchy und Bourlon.

In den Sieben Gemeinden wurde der Italiener er- neut aus starken Stellungen geworfen.

### Der österreichische Bericht.

Nichtamtlich. Wien, 5. Dezember. (W. L. B.)

Die Verhandlungen beim Feldmarschall Prinzen Leopold von Bayern werden fortgesetzt. Der Oberbefehlshaber der zwischen dem Dnjeper und dem Schwarzen Meere stehenden russischen und rumänischen Truppen ist gestern nachmittag an den Generalsobersten Erzherzog Joseph und an den Generalfeldmarschall v. Madenus mit dem Vor- schlag herangetreten, Besprechungen über einen Waffenstillstand einzuleiten. Unsere Heeresführer haben zustimmend geantwortet. Die Abordnungen begeben sich an den Verhandlungsort.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden haben Truppen des Feldmarschalls Courat einige Höhen- stellungen genommen.

### Waffenruhe auch an der Kaukasusfront.

Konstantinopel, 4. Dezember. Ergänzung zum amtlichen Heeresbericht vom 3. Dezember.

Der Oberbefehlshaber der russischen Heere hat einen auf Abschluß eines Waffenstillstandes zielenden Vorschlag gemacht, und zwar für alle Fronten der verbündeten Heere im Osten. Dieser Vorschlag ist von den verbündeten Heeren angenommen worden. Daraufhin ist eine russische Abordnung zu darauf hinstellenden Verhandlungen bei dem Oberkommando der Osmanarmee eingetroffen. Eine von dem Oberbefehlshaber der türkischen Armee ernannte Abordnung unter Führung des persönlichen Adjutanten des Sultans, Divisionsgenerals erster Klasse Jekki Bajba, hat sich der Vertretung der verbündeten Heere angeschlossen. Die Vor- besprechungen über den Waffenstillstand haben am 3. De- zember mittags begonnen.

### Aus der Tätigkeit der Bolschewiki.

#### Kornilow entflohen.

Petersburg, 5. Dezember. (Meldung des Sonderbericht- erstatlers der Agence Havas.) Die Regierung ernannte Gregor Petrowski zum Minister des Innern und Putanow zu dessen Stellvertreter.

Das Dumagebäude ist von den Maximallisten und der Roten Garde besetzt worden, um zu verhindern, daß die Dum- a-Sitzungen abläßt. Die Schlüssel zur Duma befinden sich in den Händen der Maximallisten.

Der Eisenbahnerausbruch erhielt die Meldung, daß es Kornilow in der letzten Nacht gelungen sei, mit vier Sotnien Kosaken aus Dschow, wo er gefangen gehalten wurde, zu entfliehen.

Batrowski und Putanow waren von der Arbeiterkurie in die letzte Reichsduma als Abgeordnete gewählt. Sie ge- hörten dort der sozialdemokratischen Fraktion, und zwar noch im Jahre 1914 erfolgter Evolution der Fraktion — der aus sechs Abgeordneten bestehenden Bolschewiki-Gruppe an. Im Jahre 1916 strängte die Regierung gegen sie einen Prozeß wegen angeblichen Landesverrats im Kriegs an, und sie wur- den, obwohl die Duma deren Auslieferung verweigerte, nach Sibirien verbannt, wo sie von der Revolution erst befreit wurden.

Das Dumagebäude, von dem im Telegramm die Rede ist, ist zweifellos das Haus der Stadtduma und nicht dasjenige der Reichsduma (Kaukasus-Palais). In der Stadtduma hatte der sozialistische Wohlfahrtsausbruch seinen Sitz, den die Bol- schewiki nicht mehr dulden wollen.

Ob Kornilow diesmal tatsächlich entflohen ist, steht dahin. Das wäre allerdings schlimm, denn die Bolschewiki bekräften den größten Eifer, die Kornilow-Angelegenheit gründlich zu erledigen.

### Sibirien und Ukraine.

#### Zwei neue Republiken.

Kopenhagen, 5. Dezember. 'Berlingske Tidende' ber- öffentlicht eine Meldung des 'Utro Rossii', wonach es sich bestätigt, daß Sibirien sich als unabhängige Re- publik erklärt und in Omsk unter dem Präsidenten Potepin eine eigene Regierung gebildet hat, die ihren Sitz im früheren Gouvernementsgebäude aufgeschlagen hat. Die neue weiß-grüne sibirische Flagge weht von allen öffentlichen Ge- bäuden. Alle Teile Sibiriens hätten sich der neuen Republik angeschlossen. Die erste Hand- lung der neuen Regierung hat in der sofortigen Zurück- berufung der sibirischen Truppen von den Fronten bestanden. Auch der Kaukasus sei im Be- griffe, sich von Rußland loszulösen und eine eigene Re- gierung zu bilden, zu deren Ministerpräsidenten der frühere Bürgermeister von Tatu, Bisk, ausersehen sei.

Wien, 4. Dezember. (Telunt.) Der Bund für die Be- freiung der Ukraine erhielt aus Stockholm folgendes Tele- gramm vom 2. Dezember: Der Proklamierung der ukrainischen Republik haben sich alle Gouver- nements mit Ausnahme der Stadt Odeffa angeschlossen. Um die neugekaltene staatliche Ordnung in der Ukraine aufrechtzuerhalten und zu stärken, zog der ukrai- nische Kriegsminister Betura 36000 Mann ukrainischer Truppen von der Front in das Innere des Landes. Der Kriegsmilitär verfügt jetzt mit den schon früher organisierten ukrainischen Streitkräften im Hinterlande über eine Truppenmacht von über eine halbe Million ukrainischer Soldaten.

Aus Petersburg über Kopenhagen wird der 'Frankf. Ztg.' ge- drachtet: Der frühere Abgeordnete der Reichsduma, Petroski, der soeben aus Charkow zurückgekehrt ist, teilt mit, daß dort und im Dnjepetrische und Ordnung herrscht. Die gesamte Macht liegt in den Händen der ukrainischen Arbeiter- vertretung, die alle erforderlichen Maßnahmen getroffen hätte, daß Kaledin nichts gegen die jetzige Regierung unternehmen könne.



Abgeordnetenhaus.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

111. Sitzung, Mittwoch, 6. Dezember, vormittags.

Finanzminister Dr. Hergt

Begründet die Vorlage über die staatsrechtlichen Änderungen der Verfassung. Der erste Abt. der Vorlage bringt eine Erweiterung der Staatsrechte des Herrenhauses und führt zu dem Grundgedanken des Zweikammer Systems. Wenn auch nach der preussischen Verfassung keine Kammer die andere majorisieren kann, so räumt sie doch dem Abgeordnetenhaus auf finanzlichem Gebiete wichtige Vorrechte ein.

Abg. Dr. v. Heidebrand (L.):

Zunächst nur einige allgemeine Bemerkungen, obwohl die Rede des Ministers des Innern mich zu einer solchen Zurückhaltung nicht veranlassen könnte. (Sehr richtig! rechts.) Sie war angefüllt von allgemeinen Redensarten, mit denen man alles und nichts beweisen kann. (Große Unruhe und lebhaftes Zurufe links. — Stürmische Zustimmung rechts.) Ich wiederhole, daß es nur Redensarten waren, und ich mache mich anheischig, mit solchen Redensarten auch die Einführung der Republik zu begründen. (Sehr richtig! rechts. — Große Unruhe links.) Der Minister hat alle Möglichkeiten, daß die Vorlage in einer anderen Gestalt verabschiedet werden könnte, kurzgehandelt abgewiesen. Das ist nach meinen parlamentarischen Erfahrungen nicht der gegebene Weg, um auf eine Verständigung hinzuarbeiten. (Sehr richtig! rechts.) Aber der Minister des Innern hat ja an seiner Seite einen gewandten Parlamentarier, und ich hoffe, daß das Zusammenarbeiten noch gute Früchte zeitigen wird. (Weiterkeit rechts.) Der Minister hat uns aufgefordert, in dieser ersten Zeit nicht unnötig die Parteifreiheiten wieder aufzuheben zu lassen. Das sagt der Vertreter einer Regierung, die mit dieser Vorlage ohne weiteres die Meinungsverschiedenheiten der Parteien offen zum Ausdruck bringen muß. (Sehr richtig! rechts.) Wichtiger war der Hinweis in der Rede des Ministerpräsidenten, daß wir es bei der Wahlrechtsvorlage mit einer Willensmeinung des Trägers der Krone zu tun haben. Selbstverständlich kann eine solche Willensmeinung gerade bei meiner Partei auf ganz besonderen Widerhall rechnen. Sie beschäftigt uns in dem Entschluß, die Einzelheiten der Vorlage mit einer ganz besonderen Sorgfalt nach allen Richtungen zu prüfen. (Sehr wahr! rechts. — Wohl links.) Es wäre unehrenhaft, wenn wir Dinge, die uns mit diesem Nachdruck ans Herz gelegt werden, oberflächlich behandeln würden. (Sehr richtig! rechts. Zurufe links.) Wir dürfen auch nicht übersehen, daß diese Willensmeinung der Krone sich und in der Verfassung dener Form darstellt hat. Erst am 1. Juli die Vorlage von 1908 dann die Vorlage von 1910, dann die Einheitswahl und schließlich der Erfolg vom Juli. Wir dürfen ferner nicht übersehen, daß die Willensmeinung der Krone sich zu verschiedenen Zeiten versch. jeder geseht hat. (Zuruf links: Man hat zugelernt! — Weiterkeit.) Und schließlich haben wir doch nicht im letzten haben Jahr geschlossen, sondern wissen, wie diese Vorlage entstanden, wissen, daß man

die Kollage des Landes ausgenutzt

hat. (Große Unruhe links.) Wir haben den Verdacht, daß auf die Krone eine unzulässige Einwirkung stattgefunden hat. (Sehr richtig! rechts. Große Unruhe links. — Abg. Hoffmann (L. Sog.): Sie wissen ja, wie es gemacht wird.)

Bei aller Anerkennung der großen Vorzüge des bestehenden Landtagswahlrechts haben wir niemals seine Schwächen vergessen. (Sehr richtig! links. — Abg. Hoffmann (L. Sog.): Das ideale Wahlrecht!) Sie werden doch dabei und mühen es wissen. (Zuruf links: Wir wissen auch, daß Sie den Anspruch korrigiert haben. — Weiterkeit links.) Keine Wendung vom idealen Wahlrecht sollte weiter nicht sein als ein persönliches Kompliment an die Mitglieder dieses Hauses. (Große Weiterkeit links. — Zurufe: Schöne Ausrede!) Aber ich habe gelernt, daß man mit persönlichen Redenwürdigkeiten vorfahriger sein muß. (Sehr gut! rechts.) Wir sind bereit, an einer Reform des Wahlrechts mitzuarbeiten und haben bisher unsere Mitarbeit niemals verweigert. (Widerspruch links.) Wir haben auch Vertrauen zu unserem Volke. (Zuruf links: Aber das Volk nicht zu Ihnen! — Sehr richtig! links.) Aber Verfassungsänderungen dürfen niemals nach der augenblicklichen Zusammensetzung des Volkes vorgenommen werden, sondern sollen wiederum für Jahrzehnte gelten. (Sehr richtig! rechts.) Es muß eine verständige Wahrnehmung der öffentlichen Angelegenheiten möglich sein und eine jede Verfassungsreform muß den Interessen des Staates und den Wünschen des Volkes entsprechen. In diesem Sinne sind wir zur Mitarbeit bereit. Ich bringe aber die einstimmige Meinung meiner politischen Freunde zum Ausdruck, wenn ich sage, daß uns ein

gleiches Wahlrecht nicht als eine geeignete Grundlage

erscheint. (Sehr richtig! rechts. — Hör, hör! links.) Wir werden die Vorlage zu verbessern suchen und unsere schließliche Entscheidung danach einrichten.

Wir schätzen die Person und die Fähigkeiten des Grafen Hertling, aber es wäre uns Preußen doch angenehmer gewesen, wenn ein Preuße preussischer Ministerpräsident geworden wäre. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden seine Handlungen abwarten und danach unsere Entscheidungen treffen. Die Art, wie Graf Hertling sein Amt angetreten hat, hat bei uns große Bedenken hervorgerufen. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen uns ganz offen darüber aussprechen. Der Ministerpräsident hat sein Amt erst angetreten, als er das Placet einer Reichstagsmehrheit erhalten hatte. Das können wir nicht für zulässig halten. Selbstverständlich muß ein Staatsmann mit den politischen Faktoren Rechnung nehmen und es war vielleicht ein schwerer Fehler des Dr. Michaelis, daß er eine solche Fühlungnahme unterlassen habe. (Hör, hör! links.) Aber es besteht doch ein großer Unterschied zwischen einer solchen Fühlungnahme und der Unterwerfung unter das Diktum einer Parlamentsmehrheit (Abg. Adolf Hoffmann: die nicht konservativ ist! — Stürmische Weiterkeit.) Ich würde das auch dann für vertretbar halten, wenn wir Konservative bei der Mehrheit sein würden. (Weiterer Widerspruch links.) Wir sehen in der Art der Vernichtung des Reichstags eine Beeinträchtigung der Befugnisse des Trägers der Krone. (Sehr richtig! rechts.) Wir befinden uns mit dieser Entwicklung auf dem

direkten Weg zur parlamentarischen Regierung.

(Sehr richtig! links.) Wenn wir eine parlamentarische Regierung gehabt hätten, wo wäre da Preußen? (Sehr gut! rechts. — Unruhe

links.) Wir machen diese Entwicklung nicht mit, denn, was wir geworden sind, verdanken wir unserer konstitutionellen Verfassung. Das Beispiel anderer Länder reizt nicht zur Nachahmung. Wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte. Es wird schwer sein, der Entwicklung Einhalt zu gebieten. Ist es doch schon bei uns so weit gekommen, daß Dr. Michaelis seinen Absicht nehmen wollte, nur weil er sein Amt ohne Befragung der Reichstagsmehrheit angetreten hätte. (Hör, hör! rechts. — Lebhafter Widerspruch links.)

Die Reichstagsmehrheit hat die Entlassung des Staatssekretärs Helfferich und seine Ersetzung durch eine andere, rein politische Persönlichkeit verlangt und auch gefordert, daß der verdiente hellsichtige Ministerpräsident von Breitenbach seinen Platz einem anderen einräumen sollte. (Hör! hör!) Der Reichskanzler hat sich dem schließlich fügen müssen. Dahin sind wir gekommen, daß die Minister und Staatssekretäre nicht aus dem freien Willen und der Hochachtung der Krone gewählt werden, sondern daß andere Leute bestimmen, wer entlassen werden soll. (Zuruf links: Früher hatten Sie das Vorrecht!) Auch der frühere Ministerpräsident und Reichskanzler Herr von Bethmann hat ein volles Verständnis für die Interessen Preußens nicht besessen. Durch die Regelung der elsaß-lothringischen Frage sind die preussischen Stimmen im Bundesrat in einer Weise beschränkt worden, die ganz entschieden gegen das Interesse Preußens war. Dafür hatte man nur die Begründung, daß Preußen ein Opfer bringen müsse. Das ist keine staatsrechtliche Begründung.

Wohin sind wir in Preußen gekommen?

Wir haben einen Ministerpräsidenten, der kein Preuße ist, und wir haben einen Ministerpräsidenten, der die preussischen Stimmen im Bundesrat vertritt und der zugleich Vertrauensmann der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie ist, und was noch schlimmer ist, die preussischen Gesetze werden nicht mehr in Preußen, sondern im Reichstag gemacht. In der letzten Zeit ist uns von der Regierung gedroht worden, wenn Ihr Euch etwas weigern würdet, im preussischen Abgeordnetenhaus diese Dinge anzunehmen, dann sollt Ihr einmal erleben, was geschieht. Die Herren im Reichstag bestimmen, und wir haben zu parieren. Wenn Ihr das nicht tut, dann fliegt Ihr einfach. Ich will mir nicht die Stimmen zu eigen machen, die sagen: Bei dieser Entwicklung fühle man sich als Preuße im Deutschen Reich beinahe verraten und verkauft. (Sehr richtig! rechts, Unruhe links.)

Es ist unser Recht, auch zu den großen außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, namentlich, wenn es sich um Sein oder Nichtsein handelt. Ich muß dem Bedauern meiner politischen Freunde Ausdruck geben, daß der Ministerpräsident und Reichskanzler, ehe er seine Stellung antrat, sich einem Programm unterworfen hat, wie es der Reichskanzler im Juli dieses Jahres festgelegt hat und welches für eine politische Friedensgestaltung des Deutschen Reiches eine solche ohne Annexionen und ohne Entschädigung lediglich nach Verständigung vorsieht. Der deutsche Friede muß

auf der Grundlage der militärischen Erfolge,

die wir errungen haben, und der Opfer, die wir gebracht haben, geschlossen werden. (Zustimmung rechts.) Unter Deutschtum muß in erster Linie bestimmend sein für die Grundlagen der Verständigung dieses Krieges. Auch wir wünschen dringend den Frieden, aber wir wollen ihn nicht durch eine Schwächung der Sicherheit unserer Grenzen, nicht durch Schwächung unserer Wirtschaftspolitik und durch eine Schwächung der autonomen Macht Preußens und der deutschen Zukunft erkufen. (Beifall rechts.) Bezüglich der Entwicklung der Verhältnisse an unserer Ostgrenze möchte ich der Regierung zwei Punkte zur Beachtung empfehlen. Die unbedingte Sicherung unserer Grenzen müssen wir in deutscher Hand behalten, die wollen wir nicht fremden Nationen inbretreten. (Zustimmung rechts.) Sodann erfüllt die Herzen mancher guten Preußen mit großer Sorge, welches die Einwirkung der politischen Verhältnisse an der Ostgrenze auf die innerpolitischen preussischen Dinge sein wird. Die Tragweite einer solchen Einwirkung ist gar nicht abzusehen. Sie kann so weit gehen, daß sie die Sicherheit unseres preussischen Staates bedroht. Die Rechte der preussischen Bewohner der Ostprovinzen dürfen nicht in Frage gestellt werden. Ich möchte dem Ministerpräsidenten die preussischen Gedanken, die ich ausgesprochen habe, ans Herz legen. Es kommt darauf an, ob das Volk und seine Kraft widerstandsfähig genug sind, sich empor zu arbeiten und läutern zu lassen nach außen und innen. Wir glauben an die Gesundheit und Zukunft unseres preussischen Vaterlandes. Das leitet uns in Wirtschaft. Komme, was wolle! (Stürmischer Beifall rechts, Widerspruch und Zischen links.)

Ministerpräsident Dr. Graf v. Hertling:

Die Worte des Vorredners nötigen mich doch zu einer kurzen Erwiderung. Ich möchte zunächst betonen, daß ich für eine offene Diskussion jederzeit dankbar bin und anerkenne, daß die offene Diskussion des Vorredners mir gegenüber durchaus auf einen Ton der Freundlichkeit gestimmt war. (Zustimmung rechts.) Aber die Auffassung, die der Vorredner über die Vorgänge vorgetragen hat, die meiner Berufung auf die Stelle, auf der ich stehe, vorangegangen sind, entspricht jedenfalls nicht meiner Auffassung. Wie war die Sache? Seine Majestät der Kaiser hatten bereits am 13. Juli die Gnade gehabt, an mich die Anfrage zu richten, ob ich bereit sei, das verantwortungsvolle Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Nach ernsthafter Überlegung habe ich damals geantwortet, diesem Ruf nicht folgen zu wollen. Unter noch schwierigeren Verhältnissen hat Seine Majestät im Oktober die Anfrage wiederholt. Wie war die Lage? Die politische Lage im Innern war äußerst verwirrt. Die Aufgabe, die ich übernehmen, war, zu einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Reichstag und Reichsleitung zu gelangen. Unter normalen Verhältnissen, unter Frieden, würde man sich einfach überlegen haben: Kannst du das wohl machen? Wie ist die Situation?, und würde sich nach eigener ruhiger Überlegung zum ja oder nein entschließen haben. Unter den außerordentlich komplizierten Verhältnissen, unter denen an mich die Anfrage gekommen war, war gar nichts anderes möglich, als daß ich mich mit verschiedenen Mitgliedern verschiedener Parteien — und der Vorredner wird wohl wissen, daß ich mich zu allererst an ein Mitglied seiner Partei gewendet habe (Sehr richtig!), das möchte ich nur nebenbei erwähnen —, ich sage, daß ich dazu kommen mußte, mich

mit den Mitgliedern des Reichstags ins Benehmen zu setzen.

Kun hat der Vorredner gesagt, ich hätte mich gleichsam durch diese Verhandlungen auf ein Programm festgelegt. Das kann ich in dieser Weise nicht anerkennen, sofern darin der Gedanke ausgesprochen sein sollte, daß ich mich auf ein Programm festgelegt hätte, das meinen eigenen Herber betrachteten politischen Anschauungen nicht entspräche hätte. (Hör, hör!) Das war nicht der Fall. Ich habe keine Konzeption gemacht, die meinen politischen Überzeugungen irgendwie widersprechen haben würden. Ich habe mir die Situation genau angesehen, und nachdem ich mir Bedenken ausgedrückt hatte, habe ich dann geantwortet, Seiner Majestät folgen zu können: Nun wohl, ich werde versuchen, ob ich diese Verantwortung ausführen kann. Die Vorschläge, die ich Seiner Majestät machte, waren mir nicht abgenötigt, es waren lediglich solche, die ich auf Grund der bestimmten Kenntnisse der politischen Verhältnisse als notwendig ansah. (Beifall.) Daß sie dazu angehen gewesen seien, das Ansehen der Krone herabzusetzen, weise ich ganz entschieden zurück. Ich bin mein Leben lang entschiedener Monarchist gewesen und will als Monarchist sterben. Ebenso entschieden weise ich es zurück, daß ich die Hand dazu biete, den liberalen Charakter des Reiches zu beeinflussen. Ich habe im Reichstag ausgesprochen, daß die vor geschicht-

lichen Entwicklung des deutschen Volkes entsprechenden Grundlagen der Reichsverfassung nicht berührt werden sollen.

Was die auswärtige Politik betrifft, so möchte ich mich auf meine Ausführungen im Reichstag berufen und namentlich im jetzigen Moment irgendwelche weiteren Auslagen darüber nicht machen. (Sehr gut! links.) Ich werde keinem Frieden zustimmen, der nicht eine blühende Sicherung der Grenzen des Deutschen Reiches und des preussischen Staates mit sich bringt. (Beifall.)

Abg. Dr. Pashide (Rp.):

Der Ministerpräsident und der Minister des Innern haben die Notwendigkeit der inneren Neugestaltung mit einer Bestimmtheit und Festigkeit betont, wie sie nicht mißverstanden werden kann. Sie betrachten das Königswort nicht als eingelöst, wenn sie die Vorlage eingebracht und verieten haben, sie wollen auch das äußerste daran setzen, das preussische Wahlrecht zustande zu bringen und haben in Aussicht gestellt, alle zur Verfügung stehenden verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden. Der Energie des Wortes folgt hoffentlich auch die Energie der Tat. Dann wird sich das Vertrauen des Volkes zu dem Kaiserlich Hertling nur noch erhöhen. Die Regierung stellt alle Möglichkeiten in ihre Rechnung ein, auch schwere Erschütterungen. Ich füge hinzu, schwere Erschütterungen für den Fall, daß die Beratung sich

über Gebühr hinauszögen

und man versuchen sollte, eine Vertümmelung oder Verzerrung des Reformwerkes zu erreichen. Die Anknüpfung des gleichen Wahlrechts war ein Ventil für die Spannungen, wie sie in einem langen Kriege entstehen. Wehe der Hand, die dieses Ventil wieder zu schließen versucht. (Lebhaftes Zustimmung links.) Die Regierung wird alle ihre Kräfte einsetzen müssen, wenn das Parlament versagt. Die Konservativen wollen Fortschritte im Abgeordnetenhaus mit Rücksicht im Herrenhaus erkufen. Heute erkannte Herr v. Heidebrand Schaiten des Wahlrechts an, noch 1918 mag es anders, damals war das Wahlrecht „fast ideal“. Wir werden die Klarheit der Konservativen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen. Dazu zwingen uns die Erfahrungen bei der letzten Wahlreform. Dem bestehenden Wahlrecht noch ein Wort der Kritik zu widmen, lähnte sich kaum. Die Konservativen betrachten die Wahlrechtsvorlage vom Standpunkt der Parteipolitik aus: wieviel gewinne ich, wieviel verliere ich? Nach dem Kriege wird das Volk von größerem Selbstbewußtsein erfüllt sein. Die Kämpfer waren gleich vor der Granate, sie wollen auch gleich vor dem Gesetz sein. Der Redner verliest Aeußerungen der Professoren Laband, Delbrück, Hingé, um zugunsten des gleichen Wahlrechts. Auch Weismann Hollweg war dafür. Wir danken es ihm, daß er die Krone so beriet. Der Historiker der Zukunft wird ein anderes Urteil über Weismann fällen als seine Widersacher von heute. Auch die nationalliberale Reichstagsfraktion ist für die Reform. Freilich, einige Nationalliberale hier sind dagegen. Zur rechten Zeit hat der nationalliberale Abgeordnete Mendenburg in der Berliner Wertszeitung an Aeußerungen des Abgeordneten Fuhrmann im Jahre 1907 erinnert, der damals von einem lebenden, verstorbenen und blühenden Dreiklassenwahlrecht sprach. (Hör! hör!)

Der Redner wendet sich gegen das Mehrstimmenrecht. Will man es wegen Kriegsgewinnern Vorrechte einzuräumen? Herr v. Pashide erklärte, daß die Anhänger des gleichen Wahlrechts an die Laterne mächten. Diese Angriffe richten sich gegen die Krone denn der Monarch hat sich selber für das gleiche Wahlrecht eingesetzt. Sonderbare Realisten, die das verdammen, was der König will, die die Krone vor der Krone retten wollen. (Sehr gut! links.) Gefährdet ist nur die konservative Partei durch Einfluß des Grundabels, das geben wir zu.

Wir haben es aber satt, uns von Junkern regieren zu lassen.

(Beifall links.) Wer will bestreiten, daß die Demokratie sich in England bewährt hat und hat das demokratische Frankreich nicht eine bewundernswürdige Energie aufgebracht? In England hat sich das Wort bewährt: die Völker schieben fort, die Verfassungen stehen still, das ist der Grund der Revolutionen. Mit diesem Groß verlor Herr v. Heidebrand die Vorgänge im Reich. Die Entwicklung der Dinge in Preußen und im Reich sind keine Eingriffe in verfassungsmäßige Rechte der Krone. Ist es denn richtiger, daß unkontrollierbare Einflüsse zur Entscheidung beitragen als wenn Leute mitwirken, die Weisheit wissen? Im Reich hat sich eine Mehrheit gebildet, hoffentlich findet sich auch in Preußen eine Mehrheit für diese Vorlagen zusammen. An uns soll es nicht fehlen! (Zustimmung links.) Herr v. Heidebrand hat weiter die Friedensresolution des Reichstags in die Debatte gezogen, wo doch äußerste Zurückhaltung geboten ist, wenn man die Friedensverhandlungen nicht stören will. Mit allbeistimmiger Erörterungsgerebe stärkt man nicht die Friedensneigung der Gegner. Die Vaterlandspartei verhärtet die innere Gegenliege und ruft neue herbei. Sie will die Wahlreform verhindern, das ist ein Angriff gegen die Krone selbst. (Sehr richtig! links.) Wir dürfen das Schicksal nicht so schwer belächeln, daß es unterlassen könnte. Deshalb stellen wir die Frage einer Gesamtreform der Wahlkreise einstweilen zurück ebenso das Gemeindevahlrecht. (Wohl rechts.) Der neue Landtag wird das besser machen als der jetzige. (Weiterkeit rechts.) Mit der Herrenhausvorlage wird uns

eine hohe Rechnung für das gleiche Wahlrecht

präsentiert. Da lautet die Frage auf, ob für Preußen überhaupt ein Herrenhaus notwendig ist. Wir haben ja schon zwei Stellen für die Gesetzgebung, das Abgeordnetenhaus und die Krone. Mindestens muß das Herrenhaus modern ausgestaltet werden. Man könnte auf die im Jahre 1848 vorgesehene Form einer Vollkammer zurückgreifen. Die Mitgliedschaft sollte zeitlich befristet werden. Es fehlt ein Präsentationsrecht für die jüdische Religionsgemeinschaft, für die Handelskammern, für Ärzte, Künstler und Presse. Die Interne werden bald vor der Öffentlichkeit verströmen. Es wird sich betrauen lassen, daß ein größeres Maß der politischen Freiheit mit der preussischen Eigenart genau so vereinbar ist wie mit der Eigenart aller gebildeten und reifen Völker. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Forst (Zr.):

Die innerpolitischen Geschehnisse der letzten Monate kann manich nicht sämtlich mit ungemischter Freude ansehen. Aber die Tatsachen können nicht ungelassen gemacht werden. Der Vorwurf des Abg. v. Heidebrand gegenüber dem Ministerpräsidenten über eine Hintanhaltung über die Interessen der Krone findet keine sachliche Begründung. Graf Hertling ist auch nicht der erste konservativ-ministerpräsident der Ministerpräsident in Preußen geworden ist. In der Gestalt Christoph von Hohenhausen hat er bereits einen Vorgänger gehabt. Das Zentrum hätte gewünscht, daß die Wahlreform in einer ruhigeren Zeit gekommen wäre, weil sie keineswegs geeignet ist, die Einigkeit und Geschlossenheit der inneren Krone zu festigen. Wo nun aber die Vorlage erfolgt ist müssen wir ohne Zaudern die Arbeit erledigen. In seinem Wahlkreis von 1918 hat das Zentrum sich für die direkte Wahl ausgesprochen. Aber die Frage offen gelassen ob es ein gleiches oder ein abgestuftes Wahlrecht haben sollte, weil die Ansichten unserer Wähler und auch der Zentrummitglieder dieses Hauses hierüber geteilt war.

Ein Teil meiner Freunde hat sich jetzt für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen. Der andere Teil mocht seine Stellungnahme von den Ergebnissen der Verhandlungen des Ausschusses abhängig.



Wir machen kein Gesetz für unsere großen Feld-  
gazaven brauchen, auch nicht für uns dahinter (Hr. Adolf Hoff-  
mann (Mitt.): Das sind nur Worte) — Auch Sie können in diesem  
Stadium der Beratung nur Worte machen. (Lebhafte Zustimmung.)  
Ich verbitte mir derartige Bemerkungen. Wir machen kein Gesetz  
für die Gegenwart, sondern für unabsehbare Zeit. Freilich, die  
einmal bewilligte sind, kann man wieder zurücknehmen. Zwischen  
demokratischer Herrschaft in der Theorie und Praxis besteht auch  
ein großer Unterschied. Bei demokratischer Herrschaft müssen wir  
ausreichenden Schutz für die kulturellen Interessen haben. Das  
müssen wir im Ausschuss prüfen.

Der Vorredner hat vorgelesen, zwei Ausschüsse ein-  
zusetzen. Wir halten das bei diesen drei Zusammenhängen der  
Vorlagen für unannehmlich. Deshalb beantrage ich:

**die drei Vorlagen einem einzigen Ausschuss**

von 28 Mitgliedern zu überweisen. Gegenwärtige Verschleppungs-  
absichten liegen uns durchaus fern. Wir hoffen, daß auch weiterhin  
preussische Angelegenheiten lediglich durch preussische Instanzen ent-  
schieden werden. (Beifall.)

Vorsitzender Graf Schwerin-Edm.: Ich habe dem Hause eine  
erfreuliche Mitteilung zu machen: In der Front des  
Gefährdungs und der Heeresgruppe Radenien dehnen sich  
die Waffenstillstandsverhandlungen auch auf die  
rumanischen Truppen aus. (Lebhafte Beifall.) In dieser  
Nachricht können wir eine gute Vorbereitung für die heutigen Ver-  
handlungen erblicken. (Lebhafte Beifall.)

Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung.  
Schluß 4 Uhr.

## Artur Stadthagen.

Der Abgeordnete für den Groß-Berliner Reichstagswahlkreis  
Niederbarnim, Artur Stadthagen, ist am Dienstag gestorben.  
Stadthagen, dessen Leben mit der Berliner Arbeiterbewegung  
aufs engste verknüpft ist, war am 28. Mai 1857 in Berlin geboren,  
hatte hier das Gymnasium besucht, dann die Rechte studiert und  
schon in jungen Jahren den Weg zur sozialdemokratischen Partei  
gefunden. Er wurde Rechtsanwalt, aber wegen seiner politischen  
Tätigkeit und seiner scharf kritischen Stellungnahme zu den be-  
stehenden Rechtsinstitutionen schon 1899 aus dem Rechtsanwalts-  
stande ausgeschlossen. Sein Leben gehörte nun erst recht ganz der  
politischen Arbeit. Schon 1890 war er in den Reichstag gewählt  
worden, wo er namentlich in juristischen und sozialpolitischen De-  
batten hervortrat. Ebenso gehörte er viele Jahre der Berliner  
Stadivertretungsverammlung an. Schließlich redigierte er viele Jahre  
lang, mit einigen Unterbrechungen, im „Vorwärts“ die Spalten  
„Soziales“ und „Gerichtssaal“. Es gab keinen Winkel in der  
Arbeiterbewegung Groß-Berlins, in dem Stadthagen nicht zu Hause  
war. Man kann sagen, er war, wie wenige andere, ein aus-  
gesprochener Berliner Sozialdemokrat.

Nur einmal, abgesehen natürlich von seinem Reichstagsreden,  
greift seine Tätigkeit über das Berliner Gebiet weit hinaus, da-  
mals nämlich, als er sein „Arbeiterrecht“ besaß, das vielen  
Arbeitersekretären und Arbeitern im ganzen Reich ein wertvoller  
Ratgeber geworden ist.

Stadthagen genoss in Berlin und besonders in seinem Wahl-  
kreis Volkshilfslichkeit, die er vor allem einer ständigen engen  
Beziehung mit den Massen verdankte. Unermüdet bearbeitete er  
seinen ungeduldeten Wahlkreis, kein Dorf war ihm zu klein, kein Kreis  
zu eng, um in ihm zu sprechen. Seiner Kraft, einem schwereren  
Lungenleiden, widerstand er mit eiserner Natur.

Als die Spaltung kam, war es für keinen eine Überraschung,  
daß Stadthagen seinen Platz bei den Unabhängigen wählte und daß  
er im Streit der unermüdeten Kämpfer wurde. In den Partei-  
wirren des Jahres 1916 mußte er auch seinen Platz im „Vorwärts“  
räumen, und so kam es, daß er im letzten Jahre der alten Partei  
und ihrem Zentralorgan ganz gewiß nicht mit freundlichen Gefühlen  
gegenüberstand. Daß Stadthagen in der Partei nicht nur diese  
feindschaft, sondern auch persönliche Gegner hatte, und daß er ein  
persönlicher Gegner von vielen war, daß — vielleicht schon eine  
Folge seiner Krankheit — seine Art zu polemisieren den Zug zur  
Größe oft erbehrte, das braucht auch in dieser Stunde nicht ver-  
gessen zu werden. Aber das kam uns nicht daran hindern, seinem  
unermüdeten Eifer im Dienst der Arbeiterbewegung und seinem  
guten Willen, ihr zu dienen, gerecht zu werden.

## Verantwortung für den Konflikt.

### Die Lage in Preußen.

Die gestrigen Abendblätter vernehmen die Wahrscheinlich-  
keit, daß die Wahlrechtfrage nur mit stimmungsbildnerischer Umrahmung.  
Auf den Kern der Frage geht nur, natürlich in ihrer Art,  
die „Deutsche Tageszeitung“ ein, indem sie am Schluß  
einer längeren Polemik gegen den Minister des Innern fol-  
gendes ausführt:

Aber auch abgesehen davon, mußte sich u. E. die Staats-  
regierung unbedingt auf den von der Verfassung vor-  
gezeichneten Standpunkt stellen, daß nicht sie allein über  
Verfassungsfragen zu entscheiden hat, daß sie vielmehr auf eine  
Verständigung mit den gleichberechtigten Faktoren der  
Gesetzgebung angewiesen ist; sie mußte das umso mehr, als die  
vorliegenden Fragen, wie der Ministerpräsident mit Recht betonte,  
Gewissensfragen sind. Eine einseitige Vergewaltigung in  
solchen Fragen darf es nicht geben; keine Partei, die sich für  
den Staat und seine Zukunft wirklich verantwortlich fühlt,  
darf sich in diesen Dingen vergewaltigen lassen. Wenn es  
durch eine solche Haltung der Regierung zu einem Konflikt kommen  
sollte, so würde die volle Schuld und Verantwortung auf die  
Staatsregierung zurückfallen.

Die staatsrechtliche Lage des Volkes haben wir schon gestern,  
wie wir glauben in völlig einwandfreier Weise dargelegt und  
finden diese Darlegung durch die Rede des Ministers be-  
stätigt. Durch die Wahlrechtsbotenschaft vom 11. Juli ist eine  
Wahlreform, die nicht das gleiche Wahlrecht bringt, für den  
dritten Faktor der Gesetzgebung, für die Krone, und für ihre  
verantwortlichen Ratgeber, die Regierung unannehmbar  
geworden. Ein Gesetz kann also auf anderer Grundlage  
als der des gleichen Rechts nicht zustande kommen. Dem  
Abgeordnetenhaus bleibt aber die Freiheit, die Vorlage abzu-  
lehnen und sich damit für das Fortbestehen des  
Dreiklassenwahlrechts auszusprechen. Die Verant-  
wortung für einen solchen Beschluß tragen dann natürlich die,  
die ihn gefaßt haben, sie tragen auch die Verantwor-  
tung für die Folgen, die sich aus ihm ergeben.

Das ist der klare Rechtsstand, den die „Deutsche Tages-  
zeitung“ vergebens zu verschleiern sucht.

## Der Kampf ums gleiche Wahlrecht.

Agrarier, Schwerindustrie, Hausbesitzer gegen Kriegs-  
teilnehmer und Kriegsbeschädigte.

Der Bund der Landwirte, der Reichsdeutsche  
Wirtschaftsverband, die Vereinigung der deutschen

Landwirte und der Zentralverband deutscher  
Industrieller haben eine gemeinsame Erklärung  
gegen das gleiche Wahlrecht angenommen. Das nämliche  
hat der Schutzverband für den deutschen Grundbesitz für sich  
allein getan. Alle diese Verbände verlangen, daß nicht die Kopf-  
zahl, sondern die „volkswirtschaftliche Bedeutung der Berufsstände“  
(dies: das Vertriebsverhältnis) entscheide.

Dagegen erhebt der Bund der Kriegsbeschädigten  
und ehemaligen Kriegsteilnehmer, der in über drei-  
hundert Orten Deutschlands Tausende von ehemaligen Kriegsteil-  
nehmern und Kriegsbeschädigten umfaßt, in einer Eingabe das Ab-  
geordnetenhaus, unerwiderlich an dem Grundsatze des glei-  
chen Wahlrechts festzuhalten und jeden Vorstoß eines abge-  
stufenen Wahlrechts zurückzuweisen. In der Begründung  
heißt es:

Das gleiche Wahlrecht ist das einzige Wahlrecht, das jede  
Zurücksetzung und Benachteiligung der Kriegsteilnehmer aus-  
schließt. Jedes abgestufte Wahlrecht würde zur Folge haben, daß  
Einkommen, Besitz, formale Bildung und ähnliche Faktoren über  
die persönliche Aufopferung eines erheblichen Teils  
der Kriegsteilnehmer gestellt würden.

Weiter wendet sich die Eingabe gegen die Heraus-  
setzung des Wahlalters und die Bedingung einjähriger  
Daueraufenthalts:

Wenige der Kriegsteilnehmer werden nach ihrer Heimkehr  
in besonders großer Zahl zu einem Wohnortwechsel gezwungen  
sein. Nichts haben sie ihre bisherigen Wohnungen aufgeben  
müssen, vielfach können sie ihre früheren Arbeitsstellen nicht wieder  
aufnehmen. Diese und andere Folgeerscheinungen langer Ab-  
wesenheit werden einen massenhaften Wechsel des Wohnorts bei  
den Kriegsteilnehmern bedingen.

Der Ausschluß zahlreicher Kriegsteilnehmer von der Wahl-  
berechtigung aus Gründen, deren letzte Ursache in der Erfüllung  
der Wehrpflicht liegt, wird zweifellos große Mißbilligung unter  
diesen erregen und die Verteidigung über die Einführung des  
gleichen Wahlrechts wieder aufheben.

Schließlich fordert die Eingabe Bestimmungen, durch die den  
Einwohner, Gefährdeten usw. die Ausübung des Wahlrechts ermög-  
licht wird.

## Kriegsspeisezettel eines Munitionsfabrikanten.

Unser Oberfelder Parteiorgan, die „Freie Presse“, ver-  
öffentlicht folgendes Dokument aus großer Zeit:

### Speisenfolge:

- Geflügelpastete.
- 1918 Schwanenhäuser.
- Krautbraten mit Markschinken.
- Foxtellen Hahn mit frischer Butter und bergische Rieren.
- 1918 Bernsfelder Krolender.
- 1911 Nüßbeimer Berg Burgweg.
- Stangenporgel mit Schinken.
- 1911 Enfräner Stephansberg.
- 1911 Hlangauer Herentrunn.
- Kostbraten mit Salat, fettschen Kartoffeln  
und verschiedenem Kompott.
- 1914 Nüßbeimer Berg.
- 1915 Brauneberger.
- Eis — Süße.
- Käseplatte.
- Wodka — Badeweiß.
- Östl.

Das ist die Speisenfolge eines Diners zu 60 Groschen,  
das der Oberfelder Munitionsfabrikant Rudolf Stachal am  
24. November aus Anlaß seiner überne Hochzeit gab.

J.G.W. Die „Central-Einkaufsgenossenschaft“ wehrt sich in  
einer Erklärung gegen die Behauptung des konservativen Landtags-  
abgeordneten Hammer, sie habe oft beschlagnahmte Waren mit 50  
bis 100 Proz. Aufschlag weiter verkauft. Die J.G.W. erklärt da-  
gegen, daß sie kein Erwerbshilfsinstitut ist. Die Preisunterschiede er-  
klärten sich daraus, daß die Käufer, deren gelegentliche Einfuhr  
beschlagnahmt worden sei, im Ausland einen viel zu hohen  
Preis bezahlt hätten.

Bürgermeisterwahl in Hamburg. Der Senat hat den Bürger-  
meister Dr. v. Kelle zum ersten Bürgermeister und den Senator  
Dr. Schroeder zum zweiten Bürgermeister für 1918 gewählt.

Der Verband deutscher Handlungsgehilfen teilt uns mit, daß die  
„Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände“ mit den Vor-  
schlägen der gewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterorganisa-  
tionen zum Arbeitsstammengesetz nicht einverstanden ist, sondern die  
Berichtigung besonderer Kaufmannskammern verlangt.

# Groß-Berlin

Die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft  
wurde am Dienstag fortgesetzt und noch nicht beendet. Wieder  
waren die Teilnehmer zu zahlreich, daß sie den großen Saal des  
Zehrerdeinhauses füllten. Aus den in der vorigen Versammlung  
vorgelegenen Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat  
konnte das Ergebnis der Wahlen der sechs Vorgesetzten erst jetzt  
mitgeteilt werden. Gewählt ist mit 1020—1021 Stimmen die  
Liste der Disposition (Friedrich Koch, Helene Thomas, Wilhelm  
Frenthaler, Hermann Müller, Adolf Hoffmann, Leopold Jaku-  
bowski), während auf die vom Genossenschaftsrat vorgeschlagene  
Liste 361—370 Stimmen fielen. In der Fortsetzung der  
Debatte über die Verträge des Vorstandes und  
des Aufsichtsrats hob der erste Redner Hugo Goebbel  
heraus, daß durch die Beschlüsse der vorigen Versammlung eine un-  
gewöhnliche Lage geschaffen worden sei. Man habe die Wahlen voll-  
zogen, bevor Entlastung erteilt wurde, und habe dann Entlastung  
erteilt, bevor die Kritik der Geschäftsführung beendet war. Gegen-  
stand der Erörterung waren wieder die in den früheren Versamm-  
lungen berührten Hauptpunkte, der Verkaufserlöskreis vom März  
dieses Jahres und die Frage des Nebenrühr-Zahmens. Da-  
neben wurden diesmal mehr als bisher auch Beschlüsse über  
den Vertriebsbetrieb und über die Warenbeschaffung vor-  
gebracht. Ein Redner beantragte eine Nichtaufklärung  
gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden Müller und gegen das  
Vorstandsmitglied Krimm, weil man ihn infolge von Diffe-  
renzen mit dem Lagerhalter der Verkaufsstelle seines Ver-  
trags vom Kauf in dieser Verkaufsstelle ausgeschlossen  
habe. Er zog den Antrag zurück, nachdem Krimm die Angriffe be-  
antwortet und Müller erklärt hatte, daß der Beschwerdeführer nach  
eigenem Wunsch an eine andere Verkaufsstelle überwiesen worden sei  
und seiner Rückkehr in die Verkaufsstelle seines Bezugs nichts im  
Wege stehe. Schon zu Beginn der Versammlung waren noch mehrere  
Anträge eingegangen. Gegen die Geschäftsführung des Vorstandes  
und des Aufsichtsrats wandte sich ein Antrag der Mitglieder-  
versammlung einer Verkaufsstelle. Unter anderem forderte er von  
der Verwaltung klare Vorschriften über die Aufsichtsführung am Schäd-  
lungen zu verbieten. Ein Mitglied beantragte, vom Geschäftsjahr  
1918/19 ab keine Rückzahlung mehr zu zahlen, wodurch man die  
Einzugungen, Wartenzahlungen usw. überflüssig mache, alle  
Arbeit und Geld sparen werde, so daß die Angehörigen der  
und die Warenpreise ermöglicht werden könnten. Der Antrag eines  
Mitgliedes, verurteilte die einseitige Stellungnahme im Partei-

kreis, wie sie durch das Vorliegen an die „Vorwärts“-Druckerei  
dargestellt sei, und verlangte sofortige Kündigung des Darlehens.  
Abgelehnt wurde noch über keinen dieser Anträge. Nach drei-  
stündiger Verhandlung teilte nachts um 11 Uhr der Vorsitzende  
Müller mit, daß in den bisherigen drei Versammlungen bereits  
23 Redner gesprochen hatten und noch 25 Redner gemeldet waren.  
Man verlangte, nun zunächst den Antrag über die Zurückforderung  
des „Vorwärts“-Darlehens zu erledigen. Dazu bemerkte Adolf Hoff-  
mann, es bestehe die Gefahr, daß dieses Geld der Konsumgenossen-  
schaft verloren gehe, weil nach dem Siege die Berliner Arbeiter-  
schaft ein anderes Blatt gründen werde. Danach führte ein Streit  
zwischen zwei Mitgliedern zu so heftiger und andauernder Unruhe,  
daß der Vorsitzende die Versammlung schloß.

Dazu sei folgendes bemerkt: So wenig der Verlust der Un-  
abhängigen dem „Vorwärts“ (der übrigens mit der „Vorwärts“-  
Druckerei nicht zu verwechseln ist) daran gebunden hat, seine  
Aufgabe zu erfüllen, so wenig wird die Gründung eines Blattes  
der Unabhängigen dem „Vorwärts“ und der „Vorwärts“-Druckerei  
des Lebenslicht auslöschen. Auch wenn sich das zukünftige Blatt  
der Unabhängigen gut entwickeln sollte, was im wesentlichen von  
der Art seiner Redaktionsführung abhängen wird, so bleibt Berlin  
doch für zwei sozialistische Blätter groß genug. Ein Wettbewerb  
zwischen ihnen könnte sogar beiden zugute kommen, falls er  
mit rechtsoffenen Mitteln geführt wird und nicht durch abso-  
luten, wie es leider wieder auch in der Konsumgenossenschaft be-  
stand, wurde, die Leser verdrängt.

## Der Bund der technisch-industriellen Beamten für den Bürgerausschuß Groß-Berlin.

Oberbürgermeister Dominikus (Berlin-Schöneberg) sprach  
gestern abend in den Germania-Bräuhäusern vor einer vom Gau  
Berlin des Bundes der technisch-industriellen Beamten einberufenen  
öffentlichen Versammlung über die Zersplitterung Groß-Berlins.  
Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die sich  
anschließende Aussprache erzielte mit der Annahme einer Ent-  
scheidung, in welcher die Versammlung die Gründung eines  
Bürgerausschusses begrüßt, sich mit seinen Beschlüssen einverstanden  
erklärt und dem Beschlusse Ausdruck gibt, dem Generalausschuß  
der Ortsgruppe Berlin des Bundes der technisch-industriellen Be-  
amten den korporativen Beitritt zum Bürgerausschuß zu empfehlen.

## Lebensmittel für Kinder und Jugendliche.

Die Stadt Berlin gewährt Kindern, die vom 1. Januar 1918  
bis zum 31. Dezember 1918 geboren sind, einmalig je  
einen 250 Gramm Reis, und zwar auf Grund von Bezugs-  
scheinen, die in den Brotkommissionen vom 6. bis 9. Dezember  
ausgegeben werden. Die Ausgabe der Bezugscheine für  
alle 4 Jahrgänge erfolgt gleichzeitig. Die Anmeldung sämt-  
licher Bezugscheine hat von den Empfangsberechtigten in den  
durch diese Verkaufsstellen gekennzeichneten Geschäften bis zum  
12. Dezember zu geschehen. Die Bescheine sind bei den Brot-  
kommissionen bekannt, auch an den Anschlagtafeln veröffentlicht.  
Die Ausgabe der Reis erfolgt in der Zeit vom 20. bis  
26. Dezember. Jeder Bezugschein trägt auf der Rückseite einen  
Vermerk über die Anmelde- und Ausgabetermine.

Jugendliche, die vom 1. Oktober 1902 bis 30. Sep-  
tember 1909 geboren sind, erhalten einmalig etwa 200 Gramm  
Trockenmilchpulver. Die Bezugscheine dazu werden in den  
Brotkommissionen vom 6. bis 9. Dezember ausgeben. Das  
Alter der Jugendlichen ist nachzuweisen. Die Bezugscheine  
sind bis zum 12. Dezember in den durch Bescheine Verkaufsstellen  
gekennzeichneten Buttergeschäften zur Anmeldung vorzulegen. Die  
Bare wird vom 20. bis 24. Dezember verabfolgt werden.  
Das Trockenmilchpulver ist besonders zur Herstellung von Milch-  
suppen geeignet.

## Vertrieb von Kunsthonig und Rübensaft.

Witte dieses Monats wird eine Neuregelung in der Versorgung  
mit Kunsthonig und Rübensaft in der Weise eintreten, daß nur noch  
auf einen Abchnitt der Lebensmittelkarte eines der beiden genannten  
Kunsthonig abgegeben werden darf. Diejenigen Geschäfte, welche  
zurzeit noch Kunsthonig vorrätig haben, sind verpflichtet, diese  
Bestände gegen Abgabe von Judenartenabzählungen und zwar  
1 1/2 Pfund auf einen Abchnitt an Stelle von 1 Pfund Juden, an  
eingetragene Kunden zu verabsorgen. Es wird ausdrücklich darauf  
aufmerksam gemacht, daß, wenn Kunsthonig nicht mehr vorhanden  
ist, nur Zucker auf die Judenarten entnommen werden kann.

## Preisbestimmungen für Kaffee-Ersatz.

Der Magistrat Berlin veröffentlicht eine Verordnung, nach  
welcher die für Kaffee-Ersatzmittel durch das Kriegsernährungsamt  
neu festgesetzten Höchstpreise bis zum 31. Dezember für solche Ware  
nicht gelten, die noch zu früheren Preisen angekauft worden ist und  
sich am Veröffentlichungstage der Verordnung (6. Dezember) bereits  
im Berliner Handel befindet. Vom 1. Januar darf auch diese Ware  
nur zu Höchstpreisen verkauft werden.

## Jugendfürsorge bei Kälte.

Die Annapfeln an Brennstellen hat mit Kälte die Befürsorge  
herangezogen, es werde bei strengerer Kälte schwer sein, die Woh-  
nungen während des ganzen Tages für den Aufenthalt der Kinder  
ausreichend zu erwärmen. Deshalb sollen die Herde offengehalten  
und nötigenfalls vermehrt werden. Besonders nötig wird dies in  
größeren Orten und an Tagen sein, an denen der Unterricht bei  
Kälte ausfällt. Der Unterrichtsminister hat deshalb die Königlichen  
Regierungen angewiesen, zu erwägen, wo in Schulen einzelne er-  
wärmte Räume zur Verfügung gestellt werden können. In Ge-  
höfen mit Einzelheizung wird dies ohne großen Aufwand an  
Brennstoff möglich sein. In Schulen mit Zentralheizung soll die  
Maßnahme rechtzeitig vorbereitet werden. Die Schulheizungen  
sollen auch durch Ferien und sonstigen Schulausfall nicht unter-  
brochen werden. Bei längerer Aussetzung des Unterrichts ist für  
eine geeignete Beschäftigung der Schulpflegenden, z. B. durch Bewegungs-  
spiele im Freien oder durch Wanderungen, nach Möglichkeit zu  
sorgen.

## Die Krankenhäuser der Stadt Berlin

haten im Verwaltungsjahr 1915/16 (1. April 1915 bis 31. März  
1916), aus dem erst jetzt der von der Krankenhausdeputation er-  
stattete Jahresbericht durch den Magistrat bekanntgegeben wird, die  
67 008 behandelte 2 025 884 Verpflegungstage zu leisten. Das sind  
unvergleichlich hohe Zahlen, die gegen das vorhergehende Jahr ein  
Mehr von 174 behandelten und 305 005 Verpflegungstagen er-  
geben. Aus dem Bericht ist ferner nicht klar zu ersehen, wie stark  
die zur Behandlung überwiesenen Militärpersonen an der Gesamt-  
zahl der Behandelten und der Verpflegungstage beteiligt waren.  
Nach Geschlecht und Alter gruppierten sich die Behandelten  
in 29 784 Männer, 24 403 Frauen, 6780 Knaben, 6002 Mädchen.  
Gegen das Vorjahr haben sich verändert die Männer um 26,  
dagegen befreit die Frauen um 2383, die Knaben um 622, die  
Mädchen um 1217. Unter den Behandelten waren 22 300 Mitglieder  
von Arrendenkassen (einschließlich Berufsgenossenschaften), nur 861  
mehr als im Vorjahr. Sie an den Kassemittgliedern die beiden  
Geschlechter beteiligt waren, sagt der Bericht leider nicht. Auffällig  
ist die sehr starke Vermehrung der von den Arrendenkassen  
überwiesenen Kranken, deren Zahl diesmal auf 16 579, um 3338  
höher angegeben wird. Aus den übrigen Gruppen seien nur noch  
erwähnt die auf eigene Rechnung aufgenommenen und einzuweisen  
unter Stundung der Kosten behandelten Kranken mit 2059 und die  
auf eigene Kosten behandelten und Voranschlag zahlenden Kranken mit  
diesmal 8391.

Zunahme der Einlieferungen. Der Betrieb der deutschen Be-  
stellungen hat im Oktober einen Umfang erreicht wie nie zuvor.  
Es fanden nicht weniger als 1120 Einlieferungen gegen 908 im











Die Butterstiefel.

Von Th. Thomas (Frankfurt a. M.).

Der die gelben Schuhe von Stanislaus Krüger betrachtete, schüttelte den Kopf. Auf den ersten Blick bemerkte man sie über-

In diesem Zustand der Auflösung, besonders unter der Ein-

Kun war es ja richtig, er trug die Nummer 46; es kann

„Ja, früher“, Stanislaus. Heute ist das anders.

„Solche Kummern haben wir nicht, die werden gar nicht mehr

„Sie winkte nur mit den Augen. „Sind Sie von auswärtig?“

Er ging. Nicht weit vom Markt fand Krüger ein anderes

Ein nettes, junges Mädchen mit einem Wuschelkopf wie eine

„Kostpunkt?“ rief der Knäuelschuhler vergnügt.

„Hut fünf Pfund Butter“, antwortete die alte Dame.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Hut fünf Pfund Butter nehmen?“ fragte er.

„Ich glaube, du hast den Größenwahn! freilich sie ihn an.

„Früher bekam man in der Stadt ein Paar Stiefel für zehn

„Allo kaufte sie sechs Pfund für fünfundsünfzig Mark und fünf-

„Seidem er in den neuen Buttergondeln umhergeht, ist er tief-

„Kachis hat keine Frau schon wiederholt Stanislaus stöhnen

„Angst ist ihm auch vor dem nächsten Paar neue Schuhe. Er hat

„Zeit diesem Handel ist auch er, der früher das Kohlenbeden von

„Zukunftspläne nach dem Kriege.

Wenn man jetzt an die Leiter der Flugzeugfabriken die Frage

„Beide Annehmlichkeiten haben einen hohen Grad der Wahrschein-

„Der erste regelmäßige Flugpostverkehr ist in Italien zwischen

„Es wird an die Einrichtung eines Luftdienstes für die Post-

„Die Fahrzeuge sollen zwei Motoren haben und einen großen

„Morawitz winkte ungeduldig ab und ließ den Zeugen

„Was für einen Dummkopf bringt er mir daher, Bestl,

„Der Mann ist eben nur sehr erschrocken,“ beschönigte

„Gut. Den Regner Brandl kann er ja auf die Liste

„Vorher aber der nächste kam, steckte der Schneider noch-

„Vitt' ich tausendmal Bardon, Herr Kaiserliche Rat, aber

„Was will er?“

„Hab' ich gehört, kriegt jeder, der Anzeige macht, einen

„Gulden. Bin ich armer Familienvater, der nährt sich redlich

„Aber er wurde expediert, bevor er noch einsah, daß ein

„Aber er wurde expediert, bevor er noch einsah, daß ein

„Als zweiter kam seine Herrlichkeit. Der Graf stand artig

„Auf, drückte dem Gelehrten die Hand, ließ ihn sich setzen und

„Das kann er net sagen, Japletal“, mischte sich Bestl

„Natürlich schimpfen mit . . . niemand schimpft . . .“

„Aber er hat doch gerade gesagt, daß alle schimpfen,

„Bitte Herr königliche Rat,“ winkelte ängstlich der De-

„Bitte Herr königliche Rat,“ winkelte ängstlich der De-

berkehr über die Nordsee eine Luftpostverbindung zwischen Schweden

„In der letzten Nummer des „Prometheus“, dem wir auch obige

„Die Luftpostverbindung wird auch die neuen Formen

„Deutschland als Zentrale des Luftpostverkehrs, Berlin als

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

„Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts.

Von R. Francé.

„Also werden ja sehen. Lass' er den Protokollisten

„Der Herr Rektor, seine Herrlichkeit, die Wäschfrau vom

„Der Graf blätterte nervös in den Papieren.

„Bestl, er kennt die ganzen Geschichten besser als ich, er

„Bestl nahm ungeniert die Akten vom Tisch:

„Mit dem Japletal zuerst. Der zeigt, wie weit die

„Der Schneider wurde hereingeholt. Er wurde ganz

„Nach dem Eid ergriff der Statthalterrat das Wort zu

„Er weiß, was für eine heilige Sache ein Eid ist. Erstens

„Herr Statthalter königliche Rat, sag' ich nur die lauterste

„Alle drei schämten im ganzen Hugelbräu schimpfens mit-

schickte Bestl hinaus, der sich mit empörter Miene über diesen

„Magnifizenz, hätte Sie nie herbemüht, aber neuerliche,

„Die Herrlichkeit rückte unständlich ihre Hornbrille zurecht

„Weiß schon, Herr Graf, mein Kompliment zu dienen.“

„Es ist nicht der Peitser allein, der übrigens, wie mir

„Bismont, ich weiß,“ nickte der Rektor. Eine böse Sorge

„Herr von Andpfl ist seit gestern nicht mehr Minister“ —

„Oh, Excellenz, dann steht gar nichts im Wege. Wegen

„Der venia legendi . . . das läßt sich machen. Der Freiheits-

„Aber er wurde expediert, bevor er noch einsah, daß ein

„Aber er wurde expediert, bevor er noch einsah, daß ein

„Aber er wurde expediert, bevor er noch einsah, daß ein

„Aber er wurde expediert, bevor er noch einsah, daß ein







# Friedensdebatte in der türkischen Kammer.

Konstantinopel, 4. Dezember. (Redaktion der Agentur Weis.) Im Laufe der Debatte im Parlament ergriß der sozialistische Abgeordnete von Konstantinopel, Selah Bey, das Wort. Nachdem er sich mit der in demokratischer Richtung sich bewegenden Entwicklung in Deutschland und mit dem Entschluß einer sozialistischen Regierung in England besetzt hatte, hob er die von dieser Bewegung ausgehende allgemeine Anziehungskraft hervor und forderte die Regierung auf, sich darauf vorzubereiten. Auf die Friedensfrage übergehend, drückte er der Regierung für ihre für den Frieden günstigen Verfügungen seinen Dank aus. Inzwischen fügte er hinzu, hat die Regierung erklärt, daß wir den Krieg für unsere Befreiung und Unabhängigkeit um jeden Preis fortsetzen werden. Wir möchten die Regierung dieselbe Entschlossenheit und Ausdauer entfalten sehen, um zu einem Frieden um jeden Preis zu kommen. Selah Bey, Abgeordneter von Adana, wandte sich gegen die Ausführungen seines sozialistischen Kollegen Selah Bey und erklärte: Wir wollen sicherlich Frieden, aber wir wollen ihn nur unter der Bedingung, daß er die Bestimmungen habe, die uns befehlen, den Krieg zu führen, das heißt volle, unumkehrbare Unversehrtheit des Reichs. Ich kenne die Aufmerksamkeit der Regierung auf diesen Punkt. Wann werden wir die Feinde, die unseren geliebten Boden schänden, vertreiben unter Mithilfe unserer Bundesgenossen, von denen keiner mehr einen Feind in der Hande haben hat? Der Minister des Reichs erwiderte: Ich habe bereits die Erklärung abgegeben, daß die von Feinde erfolgte Besetzung gewisser Teile unseres Gebietes nur vorübergehend sei. Ich gründe dieses Vertrauen auf die Macht und Festigkeit unseres Bündnisses, auf den Verlauf der Ereignisse an der Ostfront und auf die gegenwärtige Schwächung unserer militärischen Lage. Ich ziehe außerdem die Bitte an Sie, zu unserem Bündnis, das durch so viel mit unserer mächtigen Verbündeten gemeinsam vergossenes Blut gesegnet ist, volles Vertrauen zu haben.

# Aus den Kämpfen Ostafrikas.

## Ehrenvolle Waffenrede der Tafelischen Streitmacht.

London, 8. Dezember. Der Vertreter des kaiserlichen Bureaus hat den englischen Streitkräften in Deutsch-Ostafrika dröhelt aus Kanda ohne Datum:

Jetzt ist es möglich, die Geschichte des großen Kesselskampfes zu erzählen, welches in der Übergabe der Tafelischen Streitmacht gipfelte. Nachdem wir Mahenge eingenommen hatten, rüsteten die Deutschen sich zu ihrem Rückzug 300 englische Meilen weit auf die portugiesische Grenze. Da das englische Hauptquartier sah, daß die Transportmittel zu einer schnellen Verfolgung nicht hinreichten, wurde ein Teil der beteiligten Streitmacht geschickt zurückgezogen, zur See nach Kilis gebracht und von dort auf Ewale vorgeschoben, so daß er die Verbindungslinien Tafels bedrohte. Der deutsche Führer wurde in gestungen, sich schneller, als er beabsichtigt hatte, zurückzuziehen. Inzwischen trieb unsere nördliche Streitmacht hin ostwärts und so bald bedrohten unsere Kräfte von Massai her seinen Rücken und seine östliche Flanke, so daß Tafel sich in der Nähe von Kanda von allen Seiten bedrängt sah. Knapp an Nahrungsmitteln, wandte er sich nach Osten in der Erwartung, Lettow-Borchard zu treffen; wie jedoch wankte alle Vorkräfte an beide ausstehender zu halten. Sobald Tafel Erkundungsbotschaften begann, flüchte er ein englisches Hornissenst auf und wandte sich nach Süden hinein in die offenen Arme einer von dem englischen Hauptquartier sorgfältig vorbereiteten Falle. Hungert ausgehungert und arbeitslos, Verbindung mit Lettow-Borchard zu bekommen, ergab er sich. Unsere ganze Streitmacht kann sich nun an die Umzingelung von Lettow-Borchard machen.

# Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 4. Dezember. Neue Unterseebooterfolge im Drißel-Kanal und in der Nordsee

## 14500 Br.-R.-T.

Unter den versenkten Schiffen befand sich der beladene französische Dampfer Admiral Jédo (5960 Tonnen). Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

# Die Pariser Entente-Konferenz.

## Die Schlusssreden — Vollkommene Einigkeit.

Paris, 4. Dezember. (Havas-Telegraph.) Vor Aufhebung der Sitzung der Konferenz der Alliierten hielt der Redakteur Wilson, Oberst House, eine Rede, in der er ausführte: Unsere Beratungen waren gekennzeichnet durch Gleichheit und Einigkeit der Ansichten, welche die besten Ergebnisse für die Zukunft versprechen. Ich habe die feste Überzeugung, daß wir durch vereinigte und zusammenfassende Anstrengungen das Ziel erreichen können, das wir uns gesetzt haben.

Gleichenfalls sprach die Konferenz der Alliierten mit folgender Rede: Ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, daß, wenn die historische Freundschaft, die in glänzender Vergangenheit die französische und die amerikanische Nation bezauberte, für uns ihre Lehren hat, die gänzliche Beilegung aller Feindseligkeiten nicht minder lehrreich ist. In früheren Zeiten waren wir Freunde Mexikos, aber Englands Feinde. Tapfer und edel kämpften einst Franzosen gegen Engländer auf dem Lande wie zur See. Heute geben sich diese beiden Völker ganz ihrer selbständigen freundschaftlichen Arbeit hin. — Es gibt hier weder große noch kleine Nationen mehr. Alle Völker sind groß, die für das nämliche Ideal „Gerechtigkeit und Freiheit“ kämpfen und zum Besten ihrer Zukunft ihre Opfer darbringen. Sie werden hierfür in Völkern herrlich belohnt werden. Wenn ich Zeitungsmeldungen glauben darf, so hat sich jenseits der Schlingengraben eine gewichtige Stimme erhoben, die sich über diese Konferenz äußert. Es liegt aber hier kein Grund zum Spott vor. Unsere Feinde, denen nichts über brutale Gewalt geht, können uns nicht begreifen. Wir alle sind in den Kampf gezogen unter dem Gebote des menschlichen Gewissens. Wir wollen dieselbe Verwirklichung des Rechts, der Gerechtigkeit und der Freiheit, auch wenn wir auf der anderen Seite des Meeres nicht verhalten, daß die Welt unseren Sieg erwartet. Und er wird kommen. Alle die Völker, deren Bestreben hier wollen, sind eins in dem Willen, den Triumph der größten Sache zu erkämpfen. Wir arbeiten, um mit Waffengewalt das Recht auf Frieden zu gewinnen.

Paris, 4. Dezember. (Havas.) Im heutigen Ministerrat gab Wilson die Ergebnisse der Alliiertenkonferenz bekannt. Die Konferenz habe unter allen Gesichtspunkten Ergebnisse erzielt, zu denen man sich beglückenwünscht. Sie habe es geschafft, die Einheit des wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Handelns sicherzustellen. Auf der Grundlage vollkommener Einmütigkeit und enger Solidarität seien zwei

# Wilson über Amerikas Kriegsziele.

Washington, 4. Dezember. (Reuter.) Wilson hielt heute im Kongreß eine Rede, in der er sagte:

Ich will nicht darauf zurückkommen, die Ursachen des Krieges und die Zeit des unerträglichen Unrechts, das von den unheimlichen Herren Deutschlands und gutgeglückt über gegen und geplant wurde, zu besprechen. Das ist seit langem jedem Amerikaner in zu großer Maße offensichtlich und beabsichtigungswürdig geworden, um seine Wiederholung notwendig zu machen. Aber ich möchte Sie auffordern, wiederum und mit sehr genauer Prüfung unsere Ziele und die Mittel, durch welche wir sie erreichen wollen, zu überprüfen. Denn der Zweck der Besprechung hier an diesem Ort ist Frieden. Und unser Handeln muß sich in gleicher Richtung auf die endgültigen Ziele hin bewegen.

Es ist natürlich

## unser Ziel, den Krieg zu gewinnen

und wir werden unsere Schritte nicht verlangsamen, noch werden wir uns vom Wege abbringen lassen bis er gewonnen ist. Es lohnt sich nicht, die Frage zu stellen und zu beantworten: Wann sollen wir den Krieg als gewonnen betrachten? Von einem Gesichtspunkte aus ist es notwendig, diese Frage von grundlegender Bedeutung aufzurufen. Ich zweifle nicht, daß das amerikanische Volk weiß, um was es sich bei dem Kriege handelt, und welches Ergebnis es als die Verwirklichung seiner Ziele in diesem Kriege betrachtet. Als Nation sind wir uns im Geiste und in unseren Absichten einig. Ich achte wenig auf diejenigen, die mir etwas anderes sagen. Ich höre ihre Stimmen, die andere Meinung sind. Wer ist das nicht? Ich höre den Lärm und das Krachen der Geschütze, der Gedankenlosen und der Kurzsichtigen. Ich sehe auch, wie Leute hier und da über den Frieden reden, die weder etwas von seinen Geheimnissen, noch von den Mitteln verstehen, durch den wir ihn mit aufrechtem Muth und ungebrochenem Geist erreichen können, aber ich weiß, daß keiner von ihnen im Namen der Nation spricht. Sie rufen niemand das Herz. Sie mögen ruhig beiseite gelassen und vergessen werden. Aber von einem anderen Gesichtspunkte aus ist es notwendig, klar zu sagen, was wir hier, die wir zu handeln haben, als Zweck des Krieges betrachten und welche Rolle wir bei der Regelung der sich aus ihm ergebenden Grundfragen spielen wollen.

Wir sind die Sprecher des amerikanischen Volkes, und dieses Volk hat das Recht zu erfahren, ob sein Ziel das unsere ist. Es wünscht den Frieden zu erlangen durch Heberwältigung des Uebels, indem ein für allemal die finsternen Mächte geschlagen werden, die den Frieden unterbinden haben und ihn unmöglich machen, und es wünscht zu wissen, wie eng seine Gedanken mit den unsrigen verbunden sind, und was wir zu tun beabsichtigen. Es ist unmöglich, tief einzulassen unmöglich gegen jene Leute, die den Frieden durch eine Art Kompromiß zu erlangen wünschen, aber es wird denselben Unwillen gegen und richten, wenn wir ihnen nicht klar machen, was unsere Ziele sind, und was wir planen, indem wir den Frieden durch die Waffen zu erobern suchen.

schon den Alliierten Abkommen geschlossen worden zur Lösung der Fragen, die ihre gemeinsame Rolle im Kriege angingen. Die finanziellen Bedürfnisse der Alliierten, die Erfordernisse ihrer Bewaffnung und ihre Transport- und Versorgungsbedingungen seien gegenseitig eingehend Prüfung gewesen und hätten zu Beschlüssen, die ihre vollkommene Verteidigung bezweckten, geführt. Die Schaffung eines internationalen obersten Marine-Ausschusses ist geplant. Das militärische Standpunkt aus sei die Einbeziehung des Handels auf den Weg geschlichter Vermittlung gebracht worden durch einen Generalkonferenz der Alliierten, der nach einem Programm, das sich auf alle auf der Tagesordnung stehenden Fragen beziehe, zu arbeiten haben werde. In diplomatischer Beziehung hätte sich zwischen den Vertretern der Mächte vollkommene Übereinstimmung über alle Angelegenheiten ergeben, die sie gemeinsam zu regeln hätten, um den allgemeinen Sieg ihrer Länder zu sichern.

Wahrheit, 8. Dezember. (Havas-Telegraph.) Einem Bericht des „Marion“ zufolge wird ein Submariner zwischen Panama und Cay angehalten. Truppenlager für 25000 Amerikaner und in San Truppenlager für 60000 Amerikaner und Engländer errichtet. Auch soll zwischen Panama und Cay ein Lager für eine neue amerikanische Truppenabteilung vorbereitet werden.

# Lansdowne findet Zustimmung.

Bern, 4. Dezember. Der Parlamentsberichterstatter von „Daily News“ und „Daily Mail“ melden, daß der Brief Lansdownes am Donnerstag den Hauptgesprächsstoff in den Wandelgängen des Unterhauses bildete und allgemein als politisches Ereignis ersten Ranges angesehen wird. Der Berichterstatter von „Daily News“ gibt an, daß unbeschadet der ablehnenden Haltung zahlreicher Abgeordneter mit extremer Tendenz viele Konservative, denen nach derartige Ansichten kaum zugestimmt hätte, den Brief als „den Tatsachen entsprechenden und geeignet, die Überzeugung eines großen Teiles der öffentlichen Meinung auszudrücken“, begründeten. Noch allgemeineren Beifall findet der Brief bei den Liberalen, von denen ein angelegentliches Mitglied sagte, der Brief, der fraglos die Ansichten eines bedeutenden Teiles des englischen Volkes ausdrücke, gäbe der englischen Kriegspolitik nun eine ganz neue Orientierung. Auch die Mitglieder der Arbeiterpartei seien ganz einverstanden mit dem Briefe. Verschiedentlich sei die Hoffnung ausgesprochen worden, daß man ihn in Deutschland nicht mißverstehen würde. Der Berichterstatter von „Daily Mail“ bemerkt, einer der Beweggründe des bemerkenswerten Friedensappells Lansdownes sei vermutlich die von Lenin angebotene Streichung der russischen Staatsschuld, bis den englischen Geldgebern und Rentnern schweren Schaden zuzufügen würde.

London, 4. Dezember. (Reuter.) „Daily Express“ teilt mit, daß Adhisa die Stellung als Minister für öffentliche Gesundheitspflege angenommen habe. Man hofft, daß er die Gelegenheit betretend betreffend dieses Ministeriums zur Annahme zu bringen, der den ärztlichen Beruf verstoßlichen und jedermann freie ärztliche Behandlung sichern soll.

# Tisza gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

## Czernin's Auffassung.

Budapest, 4. Dezember. Ungarische Delegation. Nachdem Graf Czernin seinen Vortrag über die auswärtige Lage beendet hatte, ergriß Graf Tisza das Wort und sagte, er müsse die erste Gelegenheit ergreifen, um aus Entschiedenheit gegen das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker Einspruch zu erheben, wenn diesem eine solche Bedeutung gegeben werde, daß die

Ich glaube, ich spreche für das Volk, und ich sage zweifellos: Ich glaube, daß diese unerträgliche Gräueltat, deren höchstes Beispiel die Herren Deutschlands sind und gegen, diese Verurteilung durch Justiz, verbunden mit Stärke, als würde wir die deutsche Macht jetzt so deutlich sehen, ohne Grenzen. Eben aber Eignung für einen durch Vertrag geschlossenen Frieden, zu haben geschlagen und, wenn nicht völlig aus der Welt geschafft, so doch von dem fernöstlichen Verkehr zwischen den Völkern ausgeschlossen werden muß; zweitens, daß, wenn diese Gräueltat und ihre Macht wirklich besiegt ist, und die Zeit kommt, wo wir über den Frieden verhandeln können, wenn das deutsche Volk Sprecher haben wird, deren Wort wir trauen können, und wenn diese Sprecher bereit sein werden, namens ihres Volkes ein allgemeines Urteil der Nationen darüber anzunehmen, was künftig Grundlage für Verträge über das Leben der Welt sein soll, daß wir dann wüßten und froh sein werden, den vollen Preis für den Frieden zu zahlen, und dies ohne Kurven. Wir wissen, welches dieser Preis sein wird: es wird die volle unparteiische Gerechtigkeit sein, Gerechtigkeit in jeder Beziehung und für jedes Volk. Dieses schließliche Abkommen müssen unsere Feinde ebenso gut wie unsere Freunde abschließen.

Washington, 4. Dezember. (Reuter.) In seiner Ansprache an den Kongreß empfiehlt Wilson, Österreich-Ungarn den Krieg zu erklären.

Washington, 4. Dezember. (Reuter.) Eine vom Senat und dem Repräsentantenhaus zu beratende Entschließung, welche erklärt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei der Kriegszustand besteht, ist im Senat eingebracht und ohne Verhandlung an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verwiesen worden.

Eine Kriegserklärung Amerikas an unsere Verbündeten wäre in erster Linie eine Demonstration des unverminderten Kriegswillens. Bisher ist die Haltung der europäischen Westmächte auf Frieden und sie über das Ausweichen Russlands hinwegzusehen.

Bern, 5. Dezember. (Redaktion der Schweizerischen Telegraphen-Agentur.) „Journal de Genève“ meldet: Der Geschäftsträger der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten in Bern übergab am 5. Dezember dem politischen Departement eine Note Amerikas, die den Bundesrat beauftragt, daß die Vereinigten Staaten formell die Neutralität der Schweiz anerkennen und in vollständiger Übereinstimmung mit der Haltung ihrer Verbündeten erklären, die Neutralität der Schweiz und die Unversehrtheit ihres Gebietes solange zu wahren, als die Eigenstaatlichkeit ihrer Neutralität aufrechterhalten wird. Die formelle Anerkennung der schweizerischen Neutralität durch die Vereinigten Staaten, welche die Verträge von Wien und Paris nicht untergeordnet haben, ist eine Tatsache von großer Bedeutung für die Stärkung und Festigung der internationalen Stellung der Schweiz.

inneren Angelegenheiten der Monarchie internationalen Charakter erhielten, so daß die Monarchie gemäßigter unter die Vormundschaft eines internationalen Gerichtshofes gestellt werde. Der Redner erklärte, er richte keine Frage an den Minister des Innern; er würde schon die Frage vorab klären, ob die Regierung beabsichtigt, daß der Minister des Innern etwas anderes tun könnte, als eine solche Zumutung entschieden zurückzuweisen. Er wolle nur nachsehen, daß die ganze öffentliche Meinung und jeder Staatsrat und selbstverständlich auch die ungarische Delegation auf das Entscheidende fordere, daß jeder Versuch, unsere innere Frage zum Gegenstand einer Verhandlung zu machen, von vornherein zurückgewiesen werde. (Zuschauer.) Graf Julius Andrássy schloß sich als Redner der Regierungspartei den Bemerkungen des Grafen Tisza an, mit dessen Ausführungen er sich in vollkommener Übereinstimmung befand.

Hierauf ergriß Graf Czernin das Wort. Er verwies auf die Stelle der Thronrede, wo gesagt wird, daß wir das Schwert nicht aus der Hand legen werden, solange nicht unsere Feinde ihren wahren Willen aufzeigen und unsere Gewalttätigkeiten ungewollt aufhören. Die Einmütigkeit in die Geschichte der Monarchie aufzugeben haben. Der Minister des Innern sollte dann noch sein, daß die große Mehrheit der österreichischen Delegation den gleichen Standpunkt einnehme.

Der Begriff des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ enthält allerdings sehr der Klarheit. Im diplomatischen Sprachgebrauch wendet man ihn gerne an, wenn man durch ihn etwas klären kann, beabsichtigt ihn aber, wenn es etwas lösen soll. Die Unterhaltungen mit den Russen über diesen Begriff werden jedenfalls sehr interessant werden.

# Daszynski über die Zukunft Polens.

Budapest, 8. Dezember. Der Präsident der polnischen Sozialdemokraten, der österreichische Abgeordnete Daszynski, erklärte über die Polenfrage dem Wiener Berichterstatter des „N. N.“: Unser Programm ist die Angleichung Galiziens an Polen und die Vereinigung dieser Länder zu einem selbständigen Staat, der mit Österreich-Ungarn eine Personalunion eingeht. Eine natürliche Folge der Personalunion ist eine selbständige politische Armee. Mit dem Begriff der Personalunion ist auch eine Zollgemeinschaft und ebenso eine Militärkonvention mit der Monarchie sehr gut vereinbar. Diese Lösung der Polenfrage hat das kaiserliche Amt sich bereits zu eigen gemacht. Wir stehen auf der Basis der dualistischen Staatsform der Monarchie und verurteilen alle tschechischen Forderungen auf gewisse Teile Ungarns.

# Letzte Nachrichten.

## Der österreichische Ausgleich angenommen.

Wien, 8. Dezember. Das Abgeordnetenhaus hat die Vorlagen betreffend die Ausgleichsbedingungen mit Ungarn angenommen. Bezüglich einer Anfrage Graf Czernins wegen der Umwandlung der russischen Zirkularnote erklärte der Ministerpräsident, daß eine gleichartige Frage in der Delegation eingebracht worden sei, wo sie Erörterung werden können.

## Die Wiederherstellung der Fernleitungen.

Berlin, 8. Dezember. Die Wiederherstellungsarbeiten an den Fernleitungen nach außerhalb nehmen guten Fortgang. Verzögerungen treten noch im Verkehr nach Süddeutschland, Westfalen, dem Rheinland und nach Hamburg ein.



# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

## Forderungen für den neuen Militärattaristartarif.

Am 9. September hatten die Militärattaristartarife die Kündigung der Militärattaristartarife beschlossen. Nicht, um ihn zu beseitigen, sondern um ihn in dem Sinne zu verbessern, daß es den Berufsangehörigen möglich ist, im allgemeinen annähernd gleiche Löhne zu verdienen. Bestimmte Forderungen hatte die Verammlung, welche die Kündigung beschloß, nicht aufgestellt, denn sie wollte der Zentraltariffkommission, welche den neuen Tarif vorzubereiten hat, die Arbeit nicht erschweren. Nun sind aber seit der Kündigung 2 1/2 Monate vergangen, ohne daß die Zentraltariffkommission etwas getan hat, um den neuen Tarif vorzubereiten. Das muß uns so sehr auffallen, als ob Verlangen der Unternehmer beim Tarifabschluß die ungewöhnlich lange Kündigungsfrist von sechs Monaten festgelegt wurde, während die Arbeiter drei Monate für genügend hielten, um den neuen Tarif vorzubereiten.

In der am Dienstag abgehaltenen Versammlung der Militärattaristartarife führte der Referent Schulze aus: Die Arbeitervertreter in der Zentraltariffkommission tragen an deren Untätigkeit in der Tariffrage keine Schuld. Vor allem müßte der unparteiische Vorsitzende der Kommission Veranlassung nehmen, die Vorarbeiten für den Abschluß eines neuen Tarifs in die Wege zu leiten. Daß es bis jetzt nicht geschah, ist zu bedauern. Die Zurückhaltung der Unternehmer mag sich wohl daraus erklären, daß sie hoffen, nach Beendigung des Krieges mit dem Abbau der Löhne vorzueilen zu können. — Da die Zentraltariffkommission bis jetzt nichts für die Beratung des neuen Tarifs getan hat, so hat die Branchenleitung der Militärattaristartarife in Verbindung mit ihren Vertretern in der Zentraltariffkommission Vorschläge für den neuen Tarif aufgestellt, die dahin gehen:

Das neben dem Tarif bestehende Kriegsprotokoll, welches die Bestimmungen enthält: „Während der Dauer des Krieges wird ein Kriegszuschlag gezahlt...“ ist aufzuheben. Die Kriegszuschläge sind in die Grundlöhne einzurechnen und diese so zu bemessen, daß höhere Löhne geringere Zuschläge erhalten als die niedrigeren Löhne, damit ein gerechter Ausgleich im Verdienst geschaffen wird. Dabei ist die Qualitätsarbeit aber höher zu bewerten als die nicht qualifizierte Arbeit. Die Zusatzarbeiten sollen vom Arbeitgeber unentgeltlich geliefert werden. Die tarifmäßige Ueberstundenvergütung soll wieder eingeführt werden, da Ueberstunden im allgemeinen keine Notwendigkeit mehr sind, sondern die Arbeiter ohne Leistung von Ueberstunden bewältigt werden können. Endlich soll die Fein- und Zwischenmetallarbeiter durch die Zentraltariffkommission in zeitgemäßer Weise befristet werden.

Schließlich betonte der Referent, daß die Branchenleitung sich auf das unbedingt Notwendige beschränkt hat und erwartet deshalb, daß ihre Forderungen erfüllt werden. Trotzdem ist zu erwarten, daß die Unternehmer den Forderungen Widerstand entgegenzusetzen werden und daß es manche Schwierigkeiten bieten wird, den neuen Tarif so zu gestalten, wie es den berechtigten Interessen der Arbeiter entspricht. Eine Tarifdauer von zwei Jahren hält die Branchenleitung für annehmbar. Dem aus Unternehmerkreisen lautgewordenen Wunsch, den neuen Tarif bis sechs Monate nach Beendigung des Krieges abzuschließen, können die Arbeiter mit Rücksicht auf die nach dem Kriege voraussichtlich eintretenden Ernährungsverhältnisse nicht zustimmen.

Die Versammlung erklärte sich mit den von der Branchenleitung aufgestellten Forderungen einverstanden.

## Lohnforderungen der Gastwirtsgehilfen.

In einer stark besuchten Mitgliederversammlung des Vorstandes der Gastwirtsgehilfen, die in der Nacht zum Mittwoch im Germania-Saal abgehalten wurde, behauptete Zeiske die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berliner Gastwirtsgeheim. Wie der Referent ausführte, hat der Verband während der Kriegszeit eine große Zahl von Lohnbewegungen in den einzelnen Gastwirtsbetrieben mit Erfolg durchgeführt. Dadurch hat ein erheblicher Teil der Gastwirtsgehilfen Lohnaufbesserungen erhalten. Am stärksten sind dabei die Angestellten in Cafés und Restaurants, die gut organisiert sind. In geringerem Maße sind die Angestellten in Restaurants und Saalgehilfen an den Erfolgen der Lohnbewegungen beteiligt. Die zur Verbesserung der Lohnverhältnisse gerichtete Tätigkeit des Verbandes stieß bei den Unternehmern auf erhebliche Schwierigkeiten. Wo Forderungen gestellt wurden, drohten die Unternehmer oft mit der Entlassung von weiblichem Personal. Auch bessere Vereinbarungen wurden von manchen Unternehmern nicht innegehalten, in der Hoffnung, bei Differenzen die männlichen Gehilfen durch weibliche Arbeitskräfte ersetzen zu können. Wenn es trotzdem gelang, in mehr als 300 Betrieben mit mehr als 2500 Beschäftigten die Löhne während der Kriegszeit aufzubessern, so zeigt das von der Bedeutung und der gewerkschaftlichen Kraft des Gastwirtsgehilfenverbandes. Doch da die Lebensmittelpreise fortwährend steigen, so sind die gegenwärtigen Lohnverhältnisse nicht mehr zeitgemäß. Besonders ist die Entschädigung für Kost bei den heutigen Lebensmittelpreisen zu gering. Ganz besonders aber müssen in den Betrieben, welche während des Krieges die Löhne nicht erhöht haben, entsprechende Lohnaufbesserungen gefordert werden. Die Unternehmer machen jetzt ganz gute Geschäfte. Sie sind deshalb sehr wohl in der Lage, die Löhne ihrer Angestellten soweit aufzubessern, daß sie den Zeitverhältnissen wenigstens einigermaßen gerecht werden.

Nach einer regen Ansprache stimmte die Versammlung den nachstehenden Vorschlägen des Referenten zu:

### Von der Ortsverwaltung zu verlangen:

1. Daß die während des Krieges nicht aufgebesserten Minimallöhne für Restaurants- und Saalgehilfen den Zeitverhältnissen entsprechend erhöht werden.
2. Daß dort, wo Kostenschädigung gezahlt wird, diese mit den jetzigen Lebensmittelpreisen möglichst in Einklang zu bringen ist.
3. Daß in den Cafés, in denen die festen Löhne unvernünftig niedrig sind, für Erhöhung derselben Schritte unternommen werden.
4. Daß für die Hilfskräfte in Cafés der Minimallohn an Wochentagen von 2 M. auf 3 M. und an Sonn- und Festtagen von 3 M. auf 4 M. erhöht wird.
5. Die berechtigten Forderungen der weiblichen Angestellten sowie des gesamten Hilfspersonals sind hierbei in ausreichendem Maße zu unterstützen bzw. zur Durchführung zu bringen.
6. Die Leistung des paritätischen Arbeitsnachweises ist von den Gewerkschaften auf dem laufenden zu halten, damit vermieden wird, daß billigere Arbeitskräfte den Arbeitgebern vermittelt werden.

## Beschwerden aus den Siemens-Betrieben.

Von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Die Beschwerden über ungenügende und ungleichmäßige Verteilung der Lebensmittel an die Arbeiterschaft der Siemens u. Halske- und Siemens u. Schuckert-Betriebe nehmen kein Ende. So wurde der Arbeiterschaft des Siemens u. Halske-Betriebes von dem dortigen Konsum ein Essen verabfolgt, welches völlig ungenießbar, zum Teil mit Maden zerlegt war. Eingeleitete Proteste blieben bisher erfolglos. Auch in dem Charlottenburger Werk der Firma Siemens u. Schuckert werden fortwährend Klagen von der dortigen Arbeiterschaft geführt. In diesem Werke sind erhebliche Quanten Kartoffel, Sätze, Gerlinge usw. infolge unadäquater Aufbewahrung verdorben. Wenn allerdings so leichtfertig mit den knapp zur Verfügung stehenden Lebensmitteln verfahren wird, dann ist es Aufgabe der Aufsichtsinstanzen, hier regelnd einzugreifen, damit die Verwendung als menschliche Nahrung nicht in Frage gestellt wird.

Schlechte Klagen wurden auch über die zu hohe Preisberechnung der Lebensmittel im Verhältnis zu den in anderen Betrieben beobachteten geführt. Hinzu kommt, daß die Eingeordnete in einem höchst unfaulbaren Zustand befinden. Beschwerden über diese Angelegenheiten sind bisher gleichfalls überhört worden. Die Arbeiterschaft hat zwar Gelegenheit, sich mit der von der Direktion ernannten Ernährungskommission in Verbindung zu setzen. Da diese aber keine Rechte besitzt, so verhallen alle Beschwerden nutzlos. Der Konsumvorstand handelt in allen Angelegenheiten so eigenmächtig, daß eine Änderung des besagten Richtsatzes ausgeschlossen ist.

Bei der Direktion finden die Beschwerdeführer kein Entgegenkommen, sie müssen vielmehr damit rechnen, daß sie der Militärbehörde zur Verfügung gestellt werden. Daß das Konsumwesen besser zu regeln geht, bewiesen die in einer Verammlung gemachten Ausführungen eines Arbeiterauschussesvertreeters aus den Spandauer Staatsbetrieben. Dort findet eine bis in das kleinste geregelte Verteilung der Lebensmittel statt.

Die übermäßig besuchte Verammlung nahm folgende Entschlüsse an: Die heute am 27. November 1917 in den Moabit Bürgerläden tagende Betriebsverammlung der im Charlottenburger Werk der Firma Siemens u. Schuckert beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bestätigt die vorhergehenden Uebelsstände bei der Aufbewahrung und Verteilung der Lebensmittel. Die Verammlung bittet die Vorgesetzten dieser Betriebe um dringende Geboten und verlangt umgehend die Rückwahl des Arbeiterauschusses sowie des Konsumvorstandes durch die Arbeiterschaft, um so eine Garantie der gewissenhaften und ordnungsgemäßen Bewirtschaftung zu erhalten. Gleichzeitig verpflichten sich die Anwesenden, in jeder Weise für gemeinsames Betreten und Handeln einzutreten, um auf diese Art für eine bessere Entlohnung der Arbeiter bei gesundheitlichen Grundfragen hinzuwirken.

## Erfolgreiche Lohnbewegungen der Metallformer.

Aus dem Jahresbericht, den der Branchenleiter Vredow am Montag in einer Verammlung der Metallformer und Berufsgenossen erstattete, geht hervor, daß im Laufe dieses Jahres in einer Anzahl von Betrieben Lohnbewegungen geführt wurden, die in den meisten Fällen vollen Erfolg hatten. Die fortgesetzte steigende Forderung veranlaßte die Arbeiter, mehrmals Lohnaufbesserungen zu fordern. In manchen Betrieben wurden drei- und viermal Forderungen gestellt. Ueberall, wo die Arbeiter einig und geschlossen vorgegingen, wurden ihre Forderungen in hohem Umfange erfüllt. So gelang es, im Laufe des Jahres die Löhne im allgemeinen um 100 Proz. aufzubessern. Die Stundenlöhne der Metallformer belaufen sich gegenwärtig auf 1,80—2,00 M. — In den Feinmechanikbetrieben gab es öfter Differenzen wegen Verzögerung der Vorkasse und der Feierschichten, die eine Folge des Materialmangels sind. Die Arbeiter wandten sich an den Kriegsausschuß, der eine Vereinbarung zustande brachte, wonach die ohne Verdiensten der Arbeiter verurteilte Arbeitszeitverlängerung bezahlt werden muß. — Alles in allem können die Metallformer und Berufsgenossen mit ihren in diesem Jahre erzielten Erfolgen zufrieden sein.

## Deutsches Reich.

### Zur Ausbeutung der Privatangestellten.

Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.G. gehört zu den Unternehmungen, die in der Presse der Angestellten häufig, nie aber lobend erwähnt werden. Sie knebelt ihre Angestellten rücksichtslos und zwar bei höchst unzureichenden Gehältern. Vor uns liegt das Original eines Vertrages, den ihre Kölner Abteilung mit einem älteren verheirateten Angestellten abschloß, der — im dritten Kriegsjahre — mit Einhundertfünfzig Mark Monatsgehalt engagiert wurde:

Mit der Stellung übernehmen Sie die Verpflichtung, Ihre ganze Zeit und Tätigkeit ausschließlich der Gesellschaft zu widmen und die Ihnen übertragenen Arbeiten nach Maßgabe der bei uns bestehenden und noch zu erlassenden Dienstvorschriften und sonstigen Bestimmungen sowie der jeweilig erfolgenden speziellen Weisungen nach bestem Wissen und Können zu erledigen. Sie verpflichten sich ferner, das Gesellschaftsinteresse nach jeder Richtung, im großen wie im kleinen, auch ohne besondere Weisung und auch außerhalb des Rahmens der gewöhnlich lautenden Dienstpflichten, dauernd im Auge zu behalten und alles anzulegen bzw. zu fördern, was genanntem Interesse dienlich ist.

Die Dienststunden sind bis auf weiteres festgesetzt: von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags, und von 2 Uhr nachmittags bis 7 1/2 Uhr abends. Samstags von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags.

Die angelegte Arbeitszeit ist pünktlich einzubalten. Sollte es das Gesundheitsinteresse erfordern, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit vorübergehend oder dauernd notwendig ist, verpflichten Sie sich, den diesbezüglichen Bestimmungen des Vorstandes oder Ihres Vorgesetzten aus ohne besondere Vergütung Folge zu leisten. Es wird dies namentlich (!) während der Inventur- und Bilanzarbeiten der Fall sein.

Jedes Fernbleiben von der Arbeit durch Krankheit oder sonstige Abhaltung, auch nur für einen Tag, ist uns sofort schriftlich zu melden; wird die Arbeit länger als einen Tag vermisst, so ist ein ärztliches Attest hierüber erforderlich. Auch können wir verlangen, daß Sie sich von einem Vertrauensarzt der Gesellschaft untersuchen lassen. Verweigern Sie die Untersuchung oder nehmen Sie die Tätigkeit nicht wieder auf, trotzdem Sie von Vertrauensarzt als dienstfähig erklärt worden sind, so sind wir berechtigt, Sie sofort ohne Kündigung zu entlassen. Bei längerem Ausbleiben verpflichten Sie sich, auf jedesmaliges Verlangen erneute Versicherung über die Fortdauer Ihrer Dienstfähigkeit einzusenden. Von der erfolgten Genesung ist uns sofort Meldung zu erstatten. Unentschuldigtes oder unberechtigtes Fernbleiben vom Dienst gibt uns das Recht zur sofortigen Entlassung. Sie dürfen während des Dienstverhältnisses keine Geschäfte irgendwelcher Art, weder direkt noch indirekt für eigene oder fremde Rechnung betreiben; hieron ist selbstverständlich die freie Verfügung über Ihre eigenen Kapitalien bezw. deren Anlage ausgeschlossen.

Bezüglich der Kündigungsfrist wird hiermit festgelegt, daß das Dienstverhältnis von beiden Seiten nach Ablauf jeden Kalendermonats nach einem Monat vorher schriftlich erklärter Aufkündigung aufgehoben werden kann. Im Falle Sie entgegen dieser Vereinbarung unsere Dienste ohne unsere schriftliche Zustimmung unter Nichterhaltung der Kündigungsfrist verlassen, verfallen Sie in eine sofort zahlbare Konventionalstrafe in Höhe des zuletzt bezogenen Jahresgebältes (also 1800 Mark). Die Red.).

Ueber Ihre Gehaltsverhältnisse haben Sie gegen jedermann absolute Verschwiegenheit zu bewahren; im Falle des Zuwiderhandelns soll uns das Recht zustehen, das Dienstverhältnis sofort aufzukündigen.

Im Hinblick auf den § 68 H.G.B. Absatz 1 wird vereinbart, daß Sie im Krankheitsfalle außer dem Ihnen zustehenden Krankengelde von sechs Wochen Gebälte nur in solcher Höhe beanspruchen, daß Sie auch für die Zeit der Krankheit insgesamt nur die Höhe Ihres derzeitigen monatlichen Gebältes erhalten. Für die Dauer einer durch die Einleitung eines vorübergehenden Heilverfahrens nach Maßgabe des A.B.D. oder des Versicherungsgesetzes für Angestellte eintretenden Behinderung an der Prägung der Dienste besteht kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Fortzahlung von Gebälte.

Ein Sklavenvertrag erster Ordnung! Kein einziges Recht für den Angestellten. Nur Pflichten. Und was für welche! Die „ganze Zeit“ und Arbeitskraft für die „Gemeinschaft“, Ueberstunden nach Belieben der Gesellschaft, aber ohne Vergütung. Verbot der Nebengeschäfte, auch wenn bei 100 M. im Monat Frau und Kinder hungern, 1800 M.

Konventionalstrafe! Das einzige, was man an diesem schändlichen Vertrag ohne weiteres begreift, ist das strikte Gebot, niemandem von dem Hungergehalt etwas zu verraten.

## Vom Wachstum der Unternehmerverbände.

Wiederholt ist auf die durch die großen Kriegsgewinne gestärkte Macht des Unternehmertums und ihrer Verbände hingewiesen worden. Wie sich das damit verbundene Machtbewußtsein der Arbeitgeber schon jetzt im geheimen äußert, war neulich die „Vergarbeiter-Zeitung“ aufzudecken in der Lage, indem sie die Einrede der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 2. Juni d. J. an General Gröner veröffentlichte, worin von der „ungefunden Höhe der Löhne“ die Rede war, die eine „große Gefahr für unsere zukünftige Wirtschaft“ darstelle. General Gröner wurde daher gebeten, namentlich die staatlichen Betriebe auf die große Gefahr zu weisen, die durch die Entwicklung gegenüber den untergeordneten Lohnforderungen droht.

Ueber die Entwicklung der Unternehmerverbände wird von diesen selbst meistens geheimnißvolles Schweigen beobachtet. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist aber auf steigende Mitgliederzahlen derselben zu rechnen, besonders bei denen mit hochschwarzmacherischem Einschlag, die bellamistisch vor den „fanftischen“ Mitteln auf widerhaarige Unternehmer nicht zurückweichen. Da ist es nun gewiß möglich, zu hören, was eine Unternehmervereinigung, die zwar nicht zu den unbedingt schwarzmacherischen gehört, sondern sich gelegentlich der Verschlingung mit den Gewerkschaften das Wort geredet hat, über ihre Entwicklung während der Kriegszeit berichtet. „Der Deutsche Industriekongress“ schreibt in seinen „Mitteilungen“ vom November 1917 folgende:

„Trotz der für die Verarbeitung ungenügenden Kriegsergebnisse sind seit Anfang dieses Jahres weitere 340 Firmen mit rund 27 Millionen Mark Jahreslohnsumme als Mitglieder neu gewonnen worden. Während des Krieges ist die Zahl unserer unmittelbaren Mitglieder insgesamt um 1580 auf zurzeit 6880 gestiegen. Anschläge mehrerer bedeutender Verbände und zahlreicher Einzelbetriebe in nächster Zeit bevor. Wie die Arbeiter für ihre Gewerkschaften, müssen auch die Industriellen überall, wo sich Gelegenheit bietet, stets mit für ihre Organisation arbeiten.“

In den „Mitteilungen“ wird dann noch von einem „unvermeidbaren Nachwachstums der Gewerkschaften“ gesprochen, weshalb „ein weiterer Ausbau der Selbstorganisation der Arbeitgeber um so notwendiger“ sei. Zumal der „nicht aus der Welt zu schaffende Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Kriegszeitzeit zu außerordentlich schlimmen Auseinandersetzungen führen wird“. Es wird diese Ansicht zwar mit angeführten Beispielen der Gewerkschaftsorgane begründet, allein man weiß ja, daß die Unternehmer sich gern als die friedfertigeren hinzustellen belieben, die sich nur notgedrungen gegen die bösen Friedensstörer auf Abwehr rufen.

Die Arbeiter aber, wenn sie nur die einfachste Einsicht obwalten lassen, werden aus solchen Beispielen erkennen, wie notwendig ihre Einheit ist und wie wenig sie sich Zersplitterungsbestrebungen in den Gewerkschaften leisten dürfen.

## Parteinachrichten.

Hüttnann und sein Wahlkreis. Zum Uebertritt Hüttnanns zu den Unabhängigen stellt das Parteiorgan des Wahlkreises Kassel-Nelungen, der Hüttnann 1912 in den Reichstag entsandte, das „Vollblatt für Kassel und Waldeck“ u. a. folgendes fest: „Nach im Sommer 1915 hat eine Kasseler Verammlung nach einer Rede, in welcher Hüttnann die Reichstagsfraktion glänzend rechtfertigte, ihm einstimmig das Vertrauensvotum ausgesprochen. In den Jahren 1916 und 1917 haben aber eine Kreis-Generalverammlung und eine allgemeine Kreisverammlung Hüttnanns Schwärzung zur Opposition mit erschauern der Mehrheit gemißbilligt.“

## Arbeiterjugend und bürgerliche Jugendbewegung.

Geselle Hermann Kramold hat eine Broschüre über Arbeiterjugend und bürgerliche Jugendbewegung geschrieben.

Der Zweck der vom Gesellen Kramold in Chemnitz verfaßten Schrift ist, einem Zusammenarbeiten der proletarischen Jugendbewegung mit einem Teile der bürgerlichen Jugendbewegung in gewissen gemeinsamen Fragen das Wort zu reden. Der Verfasser unterscheidet in der Hauptfrage zwei Typen der bürgerlichen Jugendbewegung: die autoritäre und die autonome. Zur ersteren rechnet er die religiös autoritäre (die christlichen Junglings- und Jungfrauenvereine) und die militärisch autoritäre Jugendbewegung (Jugendwehrgesellschaften, Pfadfinder usw.), während er zur letzteren die von der bürgerlichen Jugend selbst bezwungenen Parteien (die freibürgerliche Jugend, die Wandervogelvereine usw.) zählt. Was er über und gegen die autoritäre Jugendbewegung sagt, ist trotz der knappen Form der Darstellung in überaus gründlicher und wirkungsvoller Weise herausgearbeitet.

Im Gegensatz zur autoritären Jugendbewegung, die dem Jugendlichen zur Hindernisform an Unterwerfung unter die Gesetze der Kirche und des Staates erweisen will, steht die autonome Jugendbewegung, die die Berechtigung des Eigenlebens des Jugendlichen, den Wert der Persönlichkeit anerkennt. Freilich haben wir der freibürgerlichen Jugend skeptischer gegenüber als der Verfasser. Solange die Kirche, die sie angeht, im geistigen Volkstumsleben stehen und an Stelle eines geistigen, klaren Programms nur die Phrase von der Entwicklung der eigenen Kräfte unter eigener Verantwortlichkeit mit innerer Wahrhaftigkeit haben, wird man von einem Zusammengehen der proletarischen Jugendbewegung mit ihnen nicht viel halten können. Dazu kommt, daß diese Vereine, wie der Verfasser selbst sagt, das Wirkliche noch zu lernen haben, nämlich: Rückzutritt nach oben. Die proletarische Jugendbewegung mit ihrem festen, konkreten Programm ist herauszufinden auf der sozialen Rolle der Arbeiterjugend. Von dieser sozialen Rolle wissen die freibürgerlichen Vereine, die sich vorwiegend aus der akademisch gebildeten Jugend des Mittelstandes und des mittleren und höheren Beamtenstands zusammensetzen, nichts. Auch die von Kramold so sehr hervorgehobenen geringen Räte dieser bürgerlichen Jugend sind ganz andere als die geistigen Räte des proletarischen Jugend, das mit dem vierzehnten Lebensjahre in den harten Kampf des Erwerbslebens hinausgedrückt wird und nicht als die kümmerliche Volksschulbildung kein eigen nehmen kann. Die Voraussetzungen für die gemeinsamen Interessen beider Bewegungen sind daher sehr gering.

Der Verfasser wendet sich in seiner sehr lesenswerten Schrift auch dagegen, daß man die bürgerliche Jugendbewegung als eine einheitliche reaktionäre Masse bezeichne. Dies ist — wenigstens in den Kreisen der proletarischen Jugend — nie geschehen. Und wenn ein Zusammengehen der proletarischen Jugendbewegung mit der freibürgerlichen gebildet Jugend bei wichtigen Angelegenheiten — der Verfasser meint als solche die Fragen des Vereinswesens der Jugend, der Rechtsstellung der Jugend in der Familie, der Jugendbeschäftigung und der Schule — in Zukunft wirklich möglich sein sollte, so werden wir dies ohne weiteres begrüßen, wie wir jede Hilfe von anderer Seite willkommen heißen.

H. B.

\*) Chemnitz 1917. Verlag Jugendausdruck für die Chemnitzer Arbeiterjugend. 16 Seiten. Preis geb. 30 Pf., in größeren Partien für Organisationen 20 Pf. für das Stück, zuzüglich Porto.

Verantwortlich für den Inhalt: Otto Kramold, Chemnitz; für den Druck: Carl Meißner, Chemnitz. Druck u. Verlag: Sozialistischer Buchverlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.